

Bezugpreis: Vierteljahr 4.- M., monatlich 1.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 1.- M., erst Anrechnungsgeld. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmal Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Danemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. der Schweiz, Eingetragene in die Post-Regulierungs-Vereinbarung.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die abgedruckten Kompatiblen kosten 1.50 M. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt über 60 Zeilen (zwei Spalten 3 Zeilenbreite) jedes weitere Wort 10 Pf. jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsgebühr 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen 1.50 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestalt von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 24. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Der Druck der Ostseeblockade.

Nur die Sozialdemokratie!

Das Gespräch des Herrn v. Bethmann Hollweg mit dem Grafen Bernstorff vom 14. März 1917, das der frühere Votschafter in Amerika bei seiner gestrigen Vernehmung vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss wiedergegeben hat, wirft ein helles Licht auf die Politik der sozialdemokratischen Partei während des Krieges und insbesondere in der frischen Periode des Winters 1916/17.

Herr v. Bethmann Hollweg stand damals vor dem Grafen Bernstorff als ein Abtrünniger, er hatte entgegen seiner besseren Ueberzeugung seinen Aniefall vor den Apfeln des unbefruchteten U-Boot-Krieges getan und fühlte sich verpflichtet, sich vor dem früheren Gesinnungsgenossen, den er im Stich gelassen hatte, zu rechtfertigen. Die deutsche Kriegspolitik hatte an einem Kreuzweg gestanden: Entweder sie hielt sich in der Verteidigung, bis ein Ausgleichsfrieden zu erreichen war, oder sie steuerte unter Wasser auf den „deutschen Frieden“ hin. Herr v. Bethmann hatte in ungezählten Gesprächen mit Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion beteuert, daß der erste Weg wie der ihre so auch der seine sei, und er hatte seinen Votschafter in Washington solange ermuntert, auf ihm fest zu bleiben, bis er selber aufhörte, es zu tun. Der Votschafter ist zurückgekehrt, nachdem seine Mission gescheitert ist, er weiß, daß damit alles verloren ist, denn er kennt die unerschöpflichen Kräfte des neuen Segners. So mag er mit einem vorwurfsvollen Blick seinen Herrn und Meister getroffen haben, als dieser folgende Entschuldigung stammelte:

Wilson's Vermittlung ist in Deutschland so unpopulär, daß ich damit im Reichstag nicht durchgekommen wäre. Es würde nur die Sozialdemokratie sich damit einverstanden erklärt haben und keine andere Partei. Einen sogenannten faulen Frieden konnte ich auch nicht schließen, ohne die letzte Waffe zu gebrauchen, die im deutschen Vokale als die schärfste betrachtet wird, und von der es glaubt, daß sie zum Siege führt.

So sprach der Mann, der dem Namen nach für Deutschlands Politik im Kriege die Verantwortung trug! Nichts von eigener Ueberzeugung, nichts von Versuchen, sie durchzusetzen. Nur die tatsächliche Feststellung, daß allein die Sozialdemokratie den Verstand behalten hatte, und daß die andern alle mit verrückt geworden waren. Das Volk glaubte an den U-Boot-Krieg. Ja, mit Verlaub, wer hatte denn alles verrückt gemacht, wer hätte das deutsche Volk an den U-Boot-Krieg glauben gemacht? War es denn dem deutschen Volk überhaupt erlaubt, und war es ihm irgendwie möglich, sich während des Krieges von der Bedeutung eines Kriegsmittels begründete Vorstellungen zu machen? Wenn nicht „das Volk“, aber doch weitere Kreise des Volkes an den U-Boot-Krieg glaubten, so doch nur deshalb, weil ihm aus dem großen Pumpwerk der öffentlichen Meinung dieser Glauben durch alle Röhren eingepreßt wurde. Der ganze Apparat der öffentlichen Meinungsmache stand aber unter amtlicher Kontrolle. Hätte man die Propaganda des unbefruchteten U-Boot-Krieges verboten, ja hätte man die Presse vor ihr gewarnt, statt sie mit allen Mitteln zu fördern, nie wäre das deutsche Volk diesem Irrlicht nachgelaufen!

Wir haben den unbefruchteten U-Boot-Krieg und durch ihn die Niederlage bekommen, weil die Politik nicht von den verantwortlichen Politikern, sondern von den unverantwortlichen Militärs gemacht worden ist!

Der Verständigungsfrieden war angesichts der Uebermacht der Gegner gewiß schwer zu erreichen, aber er war keine Illusion, wenn es nur gelang, Amerika aus dem Spiel zu halten. Bald nach der Erklärung des U-Boot-Krieges erfolgte der Zusammenbruch Rußlands. Gab es damals keinen U-Boot-Krieg und wurde mit Rußland ein Frieden geschlossen, der den Westvölkern ein lozendes Beispiel war und kein abschreckendes wie der von Vrest-Vitowef, dann war dem Frieden ohne Sieger und Besiegten, dem besten für Deutschland erreichbaren, der Weg gebahnt. Das war die Politik, die die Sozialdemokratie wollte.

Die Sozialdemokratie war nicht stark genug, sie durchzusetzen. Ludendorff triumphierte. Er hatte die Sozialdemokratie besiegt und fühlte sich als Sieger, nicht ahnend, daß er durch diesen Sieg seine und Deutschlands Niederlage besiegelt hatte. Dieser große General, dessen Größe bei näherer Betrachtung immer mehr zusammenschrumpft, steht am 4. Mai vor Bernstorff und redet dabei wie ein eiller Schwäger: „Sie haben Frieden in Amerika machen wollen? ... Ja, aber wir haben nicht gewollt. In drei Monaten ist England fertig.“ Dieses prahlende Gerede vollführt der große General am 4. Mai 1917, anderthalb Jahre vor seinem Geständnis, daß wir fertig sind.

Das verhasste Deutschland sammelt die Aufmerksamkeit der Alliierten noch immer. In diesem Punkte sind sie einig und auch entschlossen. Der Skandal der Hungerblockade ist wieder aufgelebt. Wir befinden uns nicht mehr im Kriege mit der Entente. Aber die unschuldige Bevölkerung Deutschlands wird erneut durch Maßnahmen, die selbst der Krieg nicht ihres grausamen Charakters entkleiden kann, in Sorge und Not versetzt.

Weil im Baltikum deutsche Soldaten den Befehlen der deutschen Regierung nicht gehorchen, weil durch die Schuld der Entente der Regierung alle Nachmittel genommen sind, sich Gehorsam zu erzwingen, wird die deutsche Bevölkerung erneut durch das Verbrechen der Blockade eines Teiles der deutschen Küsten bedroht. So wird uns gewaltjam jede verständliche Regung aus der Brust gerissen, so wird Wasser auf die Mühlen der Chauvinisten und Reaktionepolitiker getrieben.

Weil der Segner die Ostsee blockiert, hat die deutsche Fischfängerei täglich mehrere Tausend Zentner Ausfall. Dadurch werden die Fischer ohne Schuld finanziell und das Volk in seinen Ernährungsinteressen geschädigt.

Dänemark läuft Gefahr, für den Winter keine Kohlen zu haben, wenn nicht sofort die Blockade aufgehoben wird. Wir haben kein Eisenbahnmateriale für den Kohlentransport nach dem Osten. Bald tritt Frost ein, dann ist auch der Seeweg bis auf weiteres nicht mehr benutzbar.

Die Verschiffung von Kartoffeln für Mittel- und Ostdeutschland ist unterbunden. Fleisch und Kartoffeln aus Ausland bleiben aus. Erze für unsere Industrie sind nicht mehr heranzubringen.

Die Schifffahrt durch den Kiel Kanal ist gesperrt. Und dabei scheint es, als ob eine weitere Verschärfung der Lage geplant ist. Denn die Ententekriegsschiffe in der Ostsee sind an Zahl verstärkt worden und in Kopenhagen sind kürzlich 7 Kriegsschiffe für den Handelskrieg in der Ostsee eingelaufen. Nach Lage der Dinge sind sie für eine Verwendung gegen Rußland unmöglich. Denn dies ist von der Ostsee fast schon abgeschnitten.

Die Entente spielt sich als Friedensbringerin auf. Sie lasse uns in Frieden! Damit würde sie den ersten Schritt für einen wirklichen Frieden tun.

Dieser Dramarbas lenkte Deutschlands Schicksal, während der arme Bethmann daneben hilflos zappelte und sich auf das arme, unwissende, absichtlich in Unwissenheit gehaltene Volk ausredete, das den U-Boot-Krieg gewollt hätte.

Damals war Amerika schon im Krieg mit uns. Am 14. März, als Bernstorff heimkehrte, war der Krieg noch nicht erklärt, nur die diplomatischen Beziehungen waren abgebrochen. Empfund man im Großen Hauptquartier das Bedürfnis, den zurückgekehrten Votschafter zu sprechen, um mit ihm zu beraten, wie der drohende Schlag vielleicht doch noch abgewehrt werden könne? Ja! Um die Amerikaner machte man sich keine Kopfschmerzen, die konnten ja erst in einem Jahre da sein, aber in drei Monaten war alles zu Ende!

In der Zeit, in der es in Deutschland noch Majestätsbeleidigungsprozesse gab, tuschelte man einander die Scherzfrage zu: „Was ist der Unterschied zwischen dem lieben Gott und Wilhelm II.“ Antwort: „Der liebe Gott weiß alles. Wilhelm II. aber weiß alles besser!“ Im Großen Hauptquartier wußte man alles besser, so lange, bis man weder ein noch aus wußte. Der Votschafter stand sechs Wochen wartend vor der Tür, der Kanzler galt nur, wenn er tanzte, wie gepiffen wurde. Draußen aber, weit draußen standen die Sozialdemokraten, die „vaterlandslosen Gesellen“. Sie hatten das Vaterland retten wollen, und sahen klar, wo alle andern im Taumel rasten. Sie standen draußen und mußten schließlich einsehen, daß ein Vaterland, das so geführt wurde, nicht mehr zu retten war.

Der Sitzungsbericht.

In der fortgesetzten Vernehmung des Grafen Bernstorff bietet Vors. Wasmuth den Grafen Bernstorff nun über die Vorgänge nach der Senatsbotschaft zu berichten.

Graf Bernstorff: Ich habe ein Telegramm von House bekommen, möglichst rasch nach New York zu kommen. Ueber die Unterredung habe ich telegraphisch berichtet.

Referent Einzelmeier verliest das Telegramm. In diesem wird erklärt, daß eine Einmischung in territoriale Fragen seitens Amerikas nicht beabsichtigt sei. Es wird um die

Mitteilung der deutschen Friedensbedingungen erzuht. Wilson habe erklärt, daß wir moralisch verpflichtet seien,

unsere Bedingungen bekannt zu geben, weil sie sonst nicht als ehrlich angesehen würden. Wilson sei bereit, sie der ganzen Welt mitzuteilen, und er sei überzeugt, daß damit der Weg zur Friedenskonferenz geebnet würde. Er wäre sehr erfreut, wenn es auf der Grundlage seiner Senatsbotschaft zu der Friedenskonferenz kommen würde. Er hoffe, daß das so rasch geschehen würde, daß unnütiges Wintervergessen vermieden würde. Der Referent Einzelmeier stellt dann fest, daß dem Grafen Bernstorff am 16. Januar offiziell vertraulich mitgeteilt wurde, daß der U-Bootkrieg beschlossen sei, am 31. Januar sollte er eine entsprechende Note abgeben. Es heißt in dem Telegramm weiter, daß wenn jetzt der U-Bootkrieg ohne weiteres begonnen würde, der Präsident das als einen Schlag ins Gesicht empfinden würde, und daß der

Krieg mit den Vereinigten Staaten unvermeidlich und eine Vermeidung des Krieges unabsehbar sei, da die Nachmittel der Vereinigten Staaten trotz allem, was man darüber sage, sehr groß seien.

Durch die Konferenz würden wir einen besseren Frieden erreichen, als wenn sich die Vereinigten Staaten unseren Feinden anschließen würden.

Graf Bernstorff: Am 30. Januar habe ich die Friedensbedingungen sofort dem Obersten Hause mitgeteilt und am nächsten Tage die Erklärung des U-Bootkrieges überreicht. Dann habe ich mit niemand mehr verhandelt.

Referent Einzelmeier verliest dann das Telegramm des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg auf das Telegramm des Grafen Bernstorff. Der Graf wird gebeten, dem Präsidenten den Dank der kaiserlichen Regierung für seine Mitteilungen auszusprechen. Wir brachten ihm volles Vertrauen entgegen und hätten ihn, auch uns gegenüber das Gleiche zu tun. Deutschland ist bereit, die von ihm vertraulich angebotene Friedensvermittlung herbeizuführen und eine direkte Konferenz der Kriegführenden anzunehmen. Es wird seinen Verbündeten das Gleiche empfohlen. Eine öffentliche Bekanntgabe unserer Friedensbedingungen ist jetzt unmöglich, nachdem die Entente Friedensbedingungen veröffentlicht hat, die auf eine Entrettung und Vernichtung Deutschlands und seiner Bundesgenossen hinauslaufen, die vom Präsidenten auch selbst als unmöglich bezeichnet würden; als Hluß Wunne wir sie nicht auflassen, da sie mit den Reden übereinstimmen, die von den feindlichen Nachhabern vor- und nachher gehalten worden sind. Solange diese Bedingungen aufrechterhalten werden, würde eine öffentliche Bekanntgabe unserer Friedensbedingungen als Zeichen der Schwäche angesehen werden und zur Verlängerung des Krieges beitragen. Am Wilson einen Beweis unseres Vertrauens zu geben, teilen wir ihm ganz anschlieflich für seine Person die Bedingungen mit, unter denen wir bereit gewesen wären, in Friedensverhandlungen einzutreten, falls die Entente unser Friedensangebot vom 12. Dezember angenommen hätte.

Diese Bedingungen sind:

Rückertattung des von Frankreich besetzten Teils von Ober-Elsaß.

Erwinnung einer Deutschland und Polen gegen Kasland strategisch und wirtschaftlich sicheren Grenze.

Koloniale Restitution in Form einer Verpändigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert.

Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen sowie finanzieller Kompensationen.

Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, welche durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzusetzen wären.

Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausch der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete.

Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmen und Privatpersonen.

Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden unter Abschluß entsprechender Handelsverträge.

Sicherstellung der Freiheit der Meere.

Die Friedensbedingungen unserer Verbündeten, so heißt es weiter, bewegten sich in Uebereinstimmung mit unseren Anschauungen, in gleich mäßigen Grenzen. Es wird dann weiter erklärt, daß Deutschland bereit sei, die in der Senatsbotschaft erwähnte internationale Konferenz einzutreten. Ferner wird betont, wenn das Angebot Wilsons nur wenige Tage vorher erfolgt wäre, so hätten wir den Beginn des neuen U-Boot-Krieges vertagen können; jetzt sei es hierzu

aus technischen Gründen leider zu spät. Es seien militärische Vorbereitungen getroffen, die nicht mehr rückgängig zu machen seien und bereits U-Boote mit neuen Instruktionen ausgesandt. Wir seien jederzeit bereit, den Bedürfnissen Amerikas Rechnung zu tragen. Wir bitten den Präsidenten, seine Bemühungen wieder aufzunehmen und fortzusetzen und sind zur

Einstellung des U-Bootkrieges bereit, sobald volle Sicherheit geboten ist, daß die Bemühungen des Präsidenten zu einem für uns annehmbaren Frieden führen könnten.

Vors. Warmuth: Wie haben Sie diese Instruktion zur Ausführung gebracht?

Graf Bernstorff: Ich habe alles, was sich auf den Frieden bezog, sofort dem Obersten Haupte mitgeteilt, so daß er in der Lage war, den Präsidenten zu unterrichten. Nach dem Stand der Verhältnisse in Amerika war es vollkommen ausgeschlossen, daß nach der Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges nachher noch verhandelt wurde.

Vors. Warmuth: Sie haben keine Versuche mehr in dieser Richtung gemacht?

Graf Bernstorff: Ich habe es versucht und in derselben Weise wie immer verhandelt, aber es ist weiter nichts erfolgt.

Vors. Warmuth: Erzielten Sie dann nach Deutschland zurück?

Graf Bernstorff: Am 31. Januar abends habe ich die U-Bootnote übergeben. Ich war überzeugt, daß keine andere Lösung mehr möglich war. Ich habe daher den Befehl zur Fortführung der deutschen Handelsschiffe

schon am 31. Januar, früh 10 Uhr ausgesandt, da ich sicher war, daß am Abend es zu spät sein würde. Um sieben Uhr abends waren sie auch bereits von der amerikanischen Polizei besetzt.

Abg. Dr. Singheimer: Am 18. Januar ist Ihnen ein Telegramm Zimmerman's zugegangen, in dem Sie gefragt werden, welcher Vorschlag die Interessen der Deutschen im Falle des Abbruchs der Beziehungen übernehme.

Vors. Warmuth: Hasten Sie das als Beweis auf, daß man in Deutschland einen baldigen Abbruch der Beziehungen erwartete?

Graf Bernstorff: Ich wies seit einmündigen Jahren darauf hin, daß der U-Bootkrieg den Bruch bedeutete; ich nahm also doch an, daß man in Berlin darauf gefaßt war.

Abg. Dr. Singheimer: Am 16. Januar erhielten Sie ein Telegramm, in dem es hieß:

„Ich bin mir wohl bewußt, daß wir mit unserem Vorgehen Gefahr laufen, den Bruch und möglicherweise den Krieg herbeizuführen. Wir sind entschlossen, dieses Risiko auf uns zu nehmen.“

Der Referent fügt hinzu, man hat also wohl mit der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Bruchs in Berlin gerechnet.

Vors. Warmuth: Wahrscheinlichkeit geht wohl zu weit.

Graf Bernstorff: Lieber irgend etwas, was in Berlin geschehen ist, kann ich nicht auslegen.

Vors. Warmuth: Kommt dann zurück auf die bereits verhandelten Äußerungen Wilsons im Senat, die nach dem englischen Original nachgeprüft werden sollten. Es wird festgestellt, daß Wilson tatsächlich entprechend den gestrigen Äußerungen die Ansicht geäußert hatte, daß Amerika wahrscheinlich sowieso in den Krieg hineingekommen wäre.

Referent Dr. Singheimer: Es wurde Ihnen in der amerikanischen Presse der

Berwurf der Doppelzüngigkeit

gemacht. Es wurde gesagt, Sie hätten die Verhandlungen über die Friedensvermittlung nur geführt, um die Vorbereitungen zum U-Bootkrieg zu verschleiern.

Graf Bernstorff: Es ist klar, daß ich unbedingt an diese Friedensvermittlung geglaubt habe, und daß ich bis zuletzt geglaubt habe, daß ich dabei den Intentionen der deutschen Regierung entspreche.

Referent Dr. Singheimer: Sie haben in einer Zeitschrift zum Ausdruck gebracht, daß es sich in Berlin um den Kampf zweier Parteien handelte, von denen die eine den U-Bootkrieg wollte, die andere nicht.

Graf Bernstorff: Ich habe die Meinung hauptsächlich gehabt in der Zeit zwischen dem „Rufantia“ und dem „Suffez“-Fall, weil es sich damals darum handelte, welche Richtung die Oberhand gewinne. Nach dem „Suffez“-Vorfall habe ich allerdings geglaubt, daß die Richtung, mit der ich harmonisierte, und die den U-Bootkrieg nicht sühnen, sondern mit Amerika verhandeln wollte, endgültig das Uebergeordnete geworden hätte.

Vors. Warmuth: Haben Sie bei Ihrer Rückkehr nach Deutschland infolge der

Vor dem Empfang im Hauptquartier

geglaubt, Schlüsse ziehen zu können?

Graf Bernstorff: Wenn ich unter dem Eid gefragt werde, so muß ich antworten, daß ich allerdings die Erklärung des U-Bootkrieges als einen vollkommenen Sieg der militärischen Richtung angesehen habe.

Vors. Warmuth: In welcher Form haben Sie Gelegenheit gehabt, Ihre Auffassungen als Vorkämpfer an die Öffentlichkeit zu bringen?

Graf Bernstorff: Ich habe am ersten Abend nach meiner Rückkehr eine Unterredung mit dem Reichsminister von Bethmann-Hollweg gehabt.

Vors. Warmuth: War was Wesentliches dabei?

Graf Bernstorff: Es ist wohl besser, wenn Herr von Bethmann das selber angibt.

Auf Wunsch des Vorsitzenden gibt aber Graf Bernstorff Aufschluß: Herr von Bethmann-Hollweg hat mir damals die Gründe angegeben, weshalb er die amerikanische Vermittlung nicht angenommen hat. Der erste Grund war, daß

Wilson's Vermittlung in Deutschland so unpopulär

wäre, daß er damit im Reichstage nicht durchgekommen wäre. Es würde nur die sozialdemokratische Partei sich damit einverstanden erklärt haben und keine andere. (Bewegung.) Weiter erklärte der Kanzler, er konnte einen sogenannten sanften Frieden nicht schließen, ohne die letzte Waffe zu gebrauchen, welche im deutschen Volke als die schärfste und beste betrachtet würde, und von der er glaubte, daß sie zum Siege führen würde.

Vors. Warmuth: Wir werden später noch darauf zurückkommen.

Auf eine Anfrage des Abg. Kayen Stein (Soz.) erklärt Graf Bernstorff, daß nach seiner Ansicht Wilson vor der Erklärung des U-Bootkrieges die moralische Ueberzeugung von der Ungerechtigkeit des deutschen Krieges nicht gehabt hat.

Vors. Warmuth: Wann waren Sie beim Kaiser

nach Ihrer Rückkehr?

Graf Bernstorff: Sechs oder sieben Wochen nach meiner Heimkehr. (Bewegung und Heiterkeit.)

Vors. Warmuth: Schien Ihnen das ungewöhnlich zu sein bei der Wichtigkeit Ihrer Mission?

Graf Bernstorff: Es schien mir damals so.

Vors. Warmuth: Glauben Sie, Gründe dafür in der Person des Kaisers zu kennen?

Graf Bernstorff: Es sind mir damals Gründe genannt worden, die ich nicht für sehr ausschlaggebend hielt. Es handelte sich wohl nur um die verschiedene politische Auffassung.

Vors. Warmuth: Sind die Gründe derart, daß sie verdienen, von Ihnen vorgetragen zu werden?

Graf Bernstorff: Es handelt sich um zwei Gründe. Als wir von New York abreisten, hatte der schwedische Gesandte einen Koffer mit schwedischen Depeschen auf unser Schiff bringen lassen, von dem wir gar nichts wußten. Nachher wurden wir in Halifax 12 Tage angehalten und genau untersucht. Die Engländer beschlagnahmten den Koffer. Er wurde nach London gebracht und dort geöffnet. Die englischen Zeitungen behaupteten damals, es handele sich um einen Koffer von mir. Es hat damals die Vermutung bestanden, daß in diesem Koffer sich auch die Depeschen der Botschaft befanden, und zwar

das mexikanische Telegramm Zimmermann's,

das dadurch bekannt geworden wäre. Jedenfalls hat der Kaiser geglaubt, daß ich einen Koffer mit solchen Depeschen nicht die genügende Sorgfalt geschenkt habe.

Vors. Warmuth: Und der andere Grund?

Graf Bernstorff: Der Kaiser hatte mir einmal in Konstantinopel auf einer Botschaftsreise den Vorwurf gemacht, daß ich daran schuld wäre, daß ein Mann wie Gerard amerikanischer Vorkämpfer in Berlin geworden sei. Ich habe damals geantwortet, daß die Ernennung Gerard's mir erst nach vollzogener Wahl bekannt geworden wäre, und daß ich nicht mit der Empfehlung, Gerard abzulehnen, eine Vermittlung mit Amerika hervorzusetzen wollte. Außerdem muß ich doch sagen, daß wir damals noch nicht im Kriege waren, daß wir den Krieg nicht voraussehen, und daß mir daher die Persönlichkeit Gerard nicht gefährlich erschien.

Abg. Dr. Schäding (Dem.): Haben Sie Gründe für die Annahme, daß Ihre ganze Vermittlungstätigkeit in Amerika in Deutschland von den Kreisen, die für den unbeschränkten U-Bootkrieg arbeiteten, mißbilligt worden ist? Haben Sie insbesondere diesen Eindruck gewonnen aus persönlichen Besprechungen mit militärischen Stellen, wie General Ludendorff oder mit anderen Herren des Hauptquartiers?

Graf Bernstorff: Ich hatte am 1. Mai eine

Unterredung mit General Ludendorff,

aus der ich den Eindruck gewann, daß ihm meine Tätigkeit unerwünscht und unpopulär war.

Abg. Dr. Schäding: Fragt nach näheren Mitteilungen darüber.

Graf Bernstorff: General Ludendorff empfing mich mit den Worten: „Sie wollten in Amerika den Frieden machen, Sie basten wohl, wir wären zu Ende.“ Darauf habe ich erwidert: „Nein, ich glaube nicht, daß wir schon zu Ende sind. Aber ich wollte den Frieden machen, bevor wir zu Ende sein werden.“ Darauf hat mir General Ludendorff geantwortet: „Ja, aber wir wollen nicht. (Bewegung.) Wir werden jetzt durch den U-Bootkrieg die Sache in drei Monaten beenden.“ (Bewegung.) Darauf habe ich gefragt, ob es nicht wäre, den Krieg in drei Monaten beenden zu können. Er hat erwidert, er hätte wenige Stunden vorher ganz bestimmte Nachrichten bekommen, daß England unter keinen Umständen den Krieg länger als drei Monate aushalten könne aus Mangel an Lebensmitteln. General Ludendorff fragte mich dann, wann nach meiner Ansicht Amerika mit ernsthaften Streitkräften in Europa erscheinen könnte. Ich antwortete, daß dies nach einem Jahr etwa der Fall sein würde. Wenn er glaube, mit dem U-Bootkrieg den Weltkrieg beenden zu können, müsse es vorher geschehen. Darauf antwortete General Ludendorff: „Ein Jahr brauchen wir nicht, wir werden mit dem unbeschränkten U-Bootkrieg vorher fertig werden. (Erneute Bewegung.)“

Sachverst. Professor Bonn: Welches war das Ergebnis der Untersuchung wegen der

mexikanischen Depesche?

Graf Bernstorff: Ich glaube, die Untersuchung hat überhaupt kein Ergebnis gehabt. Nachträglich aber ist bei mir kein Zweifel mehr darüber gewesen, daß unsere sämtlichen Depeschen von England entziffert worden sind.

Professor Bonn: Sie glauben also, daß die Entzifferung der Mexikodepesche erfolgte auf dem Wege zwischen Deutschland und Amerika, nicht nachher auf dem Landweg von Amerika nach Mexiko?

Graf Bernstorff: Ich kann nur wiederholen, daß England unsere sämtlichen Depeschen abgefangen hat.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Den Mexiko-Fällenfall hat uns Staatssekretär Zimmerman's etwas anderes bargebracht. Er wird später darüber zu hören sein. Weshalb konnte England aber die Depeschen entziffern, warum wurden die Chiffren nicht geändert?

Graf Bernstorff: Die Chiffren sind selbstverständlich während des Krieges häufiger gewechselt worden als sonst. Aber die Verständigung mit der Heimat war eben schwer. Zuletzt brachte uns

die „Deutschland“

zweimal neue Chiffren.

Abg. Dr. Spahn: Sie kennen den Bericht, den Herr v. Haniel über die amerikanischen Hilfsquellen nach Europa geschickt hat?

Graf Bernstorff: Ich war mit Herrn v. Haniel in allen Fragen einer Rettung. Etwa drei Wochen vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen richtete er an seinen Verwandten, den Grafen Monts, und an andere Herren Mitteilungen über die amerikanischen Hilfsquellen. Er hat mir diese Briefe mindestens inhaltlich mitgeteilt, jedenfalls weiß ich, was er geschrieben hat.

Abg. Dr. Spahn: Das waren also keine amtlichen Mitteilungen?

Graf Bernstorff: Es ist allgemein üblich, amtliche Nachrichten durch Privatbriefe zu unterrichten.

Abg. Dr. Singheimer: Hat General Ludendorff von diesem Bericht v. Haniel's Kenntnis bekommen?

Graf Bernstorff: Ich glaube, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg durch den Grafen Monts Kenntnis davon erhalten hat.

Abg. Dr. Singheimer: Nach den Akten hat General Ludendorff Mitteilung von dem Inhalt dieses Briefes erhalten, ebenso von den Aufzeichnungen des jetzigen Unterstaatssekretärs Albert, die daraus hinausliefen, daß die Hilfsquellen Amerika in jeder Beziehung unerforschlich wären. Dieser Bericht Albert's war an Dr. Helfferich gerichtet, und Dr. Helfferich hat diesen Bericht dem Auswärtigen Amt übergeben.

Konrad Müller: Die Untersuchung wegen der Mexiko-Depesche hat ergeben, daß mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, die Depesche sei nicht vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland in Amerika bekanntgegeben worden, sondern erst erheblich später.

Blätter für Kriegsrömantiker.

Von Heinrich Coere.

Vor dem Anhalter Bahnhof gehen drei italienische Soldaten an mir vorüber. Der nordische Wind pfeift ihnen rücksichtslos um die Ohren. Trotdem schreien die beiden untersehten Gemeinen ganz lustig. Der vor ihnen schreitende Garagierter, lang aufgeschossen und dünn, blinzelt das dürstige sahlgelbe Gesicht in den Mantelklappen. Schwärzliche Augenlein schauen über der kumpfen, durchaus unlauterischen Nase spitz und hungrig in die Ferne.

Großer Gabriel, tauzer Verkünder des Ruhmes, warum schlägst du deine Dichterschnige in die Stadt Plume, ohne mich mitzunehmen? Das war nicht gut getan, Herr Rübchen, du hättest warten sollen, bis ich von meinem Kommando aus dieser vermaledeiten besiegten Gegend zurück gewesen wäre!

Sagten das die suchenden Augen? Oder dachte der Mann gar nicht an das gegen den Märkchen Wilson aufbegehrende Rübchen, sondern an eine breithäufige Luzia oder Perpetua, die niedergeschlagen vor dem Madonnenbild kniet und für ihren Guiseppe betet, den das Schicksal in die Wäntelien der Barbaren verschlug?

Werkwürdig, wie oft diese harmlosen italienischen Menschen sich von postierenden Deutschen mißbrauchen, von kindischer und gewissenloser Gier nach klagerischen Ehren in Abenteuer führen lassen. Das Volk kniet und wird ärmlich, die Schüsse bereichern sich. Aber wer wird sich hier Italien erregen? Wird anderswo nicht dasselbe Spiel getrieben? Nehre jeder vor der eigenen Tür.

Im vorletzten Winter begegnete ich einem langen Zuge von Landweilern dieses gedankenvollen Sergeanten. Ebenfalls in Berlin. Sie wurden als Kriegesgefangene vom Lehrter Bahnhof abtransportiert. Jeder mit einem Zwillingssack um die frierenden Schultern. Grünbleich und verfallen, wie eine Prozession von Gespenstern, paschten sie todessatt durch den geschäftig an ihnen emporspringenden Schmelot. Ein erschütternder Anblick. Später sah ich andere, die sorgsame Weisheit zum Aufhaden eisbedeckter Straßenzüge angewandt hatte. Sie mühten sich an der ungewohnten Arbeit mit dem Ausdruck Verzweiflung, die vor der Hinrichtung die eigene Grube graben. Gedanklich im vorletzten Akt. Weggewischt die Gloriole des Redenkuns, hineingezerrt in den Schmutz der Sklaverei. Abhergebrachtes Loos des zu Kriegesjügen gestungenen einfachen Mannes.

Vor einigen Wochen überraschte ein Berliner Junge plötzlich seine Mutter in ihrer Wohnung. Halbnaht, verhungert, erschöpft kehrte er heim aus italienischer Kriegesgefangenschaft. Mit einigen Kameraden entließ er. Sie starrten sich, aber zu sterben, als sich einsagen zu lassen. Mehrere von dem Dugend gingen unterwegs zugrunde, einer, ein Familienvater aus Dresden, sprang aus dem fahrenden Zuge, als er gestiftet wurde. Seine Leiche blieb in Stößen liegen. Dampfanfahr zur Flucht war anbauende körperliche Mithandlung. Harter Arbeit, Mangel an Essen, Krankheit und Stod-

schläge jeden Tag. Sinnlose Schläge, ohne Grund, mit idiotischer Grausamkeit.

Ein beinahe fünfzigjähriger deutscher Sanitätsfeldai, aus französischer Gefangenschaft zurück, zeigte mir seinen Rücken. Braun und blau unterlaufen, mit Streifen, Narben und Verletzungen bedeckt vom Nacken bis zu den Knien. Liebe bei Ermattung, bei Unwohlsein, bei mangelnder Nahrung, vor der Arbeit, bei der Arbeit, nach der Arbeit. Ein Offizier, zeitweiliger Kommandant, tat sich so hervor bei dem Prügel, daß die über seine Schamlosigkeit empörten Bauern eines französischen Dorfes den Feigling schließlich niederzählten und fast zerrissen.

Glaubt jemand, es werden Einzelfälle hier erzählt? Der erlungte sich bei den heimkehrenden Gefangenen, und er wird die furchtbare Regelmäßigkeit kennen lernen. Glaubt jemand, nur Italien und Frankreich sollten schlecht gemacht werden? Der erforsche die Wahrheit über die Erlebnisse der Gefangenen in allen beteiligten Ländern. Wenige rühmliche Ausnahmen wird er finden. Sie sind auch gar nicht rühmlich, es ist nicht bemerkenswert, wenn ein Mitmensch kein Kalunke und kein sadistischer Verbrecher ist.

Der Franzose Varduffe ritz mit entschlossener Faust den Schiefer nieder von dem schauerlichen Gesichte des Kriegs unserer Zeit. Stendhal, Zola, Verla, Suttner versuchten das gleiche früher mit geringem Erfolg. Wer Augen hat zu sehen und sehen will, muß die Schmach, die Verkommenheit erkennen, die sich hinter den mit mancherlei romantischen Trugbildern bemalten Vordängen birgt. Die an den Gefangenen verübte Niedertracht sinkt zum Himmel.

Wird es Kaufschlern, Bänkelsängern, blutigen Ehrgeizigen und heimlichen Egoisten nochmals gelingen, die Schiefer zu heben und den Moloch zu verdecken, damit neue Opfer blind in seinen Schlund geführt werden können?

Bei vorurteilsloser Betrachtung schrumpft der Unterschied zwischen der Tat des Mörders, der einen Menschen durch Arsenik aus dem Wege räumt, und dem Bestreben, ganze Bataillone Soldaten mit Giftgasen zu töten. Die moralische Vergiftung, die sich in den verflochtenen fünf Jahren an den Völkern vollzog, steht vor dem Gerichtshof der Weltung um eine Stufe tiefer.

Vor dem Kriege heiratete ein deutscher Beamter eine Französin. Im Jahre 1914 zog er ins Feld. Die Frau brachte unter den in Berlin besonders hatten Entbehrungen ihre vier unmündigen Kinder anständig durch. Ihre eigene Gesundheit geriet dabei ins Wanken. Seit damals kam kein Zeichen zu ihr von dem in Nordfrankreich lebenden alten Vater, von der ihr stets wohlgeheimten Stiefmutter. Ihre Sehnsucht vergeblich sie fast. Neht, da mit dem Frieden der Mann, wenn auch dauernd verlegt, wieder da ist, richtete sie sich einermachen an der Hoffnung auf, von ihrem Vater zu übernehmen, ihn vielleicht sehen zu können. Wie der Blitz säumerte sie die eingehende Postkarte nieder. Die Stiefmutter schreibt, der Vater sei gestorben aus Gram über die Vernichtung

seines Hauses durch die Deutschen, aus Mangel bei der Vertreibung von seiner Scholle. Sie, die Stiefmutter, wolle nichts mehr wissen von einer Tochter, die dem „verfluchten“ Volke der Herrscher ihr's Glück angehöre.

In Strahburg lebte dem Manne eine Schwester, im schönen Tagen Freundin und Vertraute der Frau. An diese wendet sie sich um Trost. Antwort der von den neuen Herren im Elch mit ihrer Familie vertriebenen und ihrer Ehrsüchtigen betrauten Schwägerin: Mit einer Französin, einer Angehörigen der „verfluchten“ Nation, die sie ins Elend stieß, wolle sie nichts mehr zu tun haben.

Schauspieler schildert in dem Drama „König Heinrich der Sechste“ in einer Szene, wie im Gesecht ein Vater den auf der Gegenseite stehenden Sohn erschlägt; ein Sohn tötet zu gleicher Zeit seinen Vater. Der unglückliche Sohn klagt, wie er von der einen Partei, der Vater von der anderen zu dem schächtermäßigen Handwerk gepreht worden sei. Der den Jammer der beiden Sieger beobachtende König Heinrich ruft verzweifelt: „O kögllich Schauspiel, o der blutigen Zeit, wenn können und die Höhlen sich bekriegen, entgelten ihren Hirt harmlose Lämmer.“

Damals kam es noch öfter vor, daß einer der Löwen, also der Kunstler des Zwistes, mit dem Leben bezahlet wurde, was heute fast undenkbar ist. Auch im der Geschichte zugrunde liegenden Kampf zwischen den Anhängern der roten und der weißen Rose in England mußten zunächst die Unschuldigen, das arme geprehte Volk, leiden. Das war ein Bürgerkrieg, aber ich sage, also Auseinandersetzung von Brüdern. Gibt es Menschen, die nicht in dieser Beziehung zueinander stehen? Ist die deutsche Mutter, die ihren totgeschlagenen Sohn betocht, der französischen Schwester mit gleichem Leid weniger verwandt als dem Rühnlicher des Kriegs, der mit ihr in einer Stadt wohnt, sich an ihrer Not fett mäktete und nun hochmütig auf sie herabsieht?

Jeder Krieg ist ein Bürgerkrieg.

„Strafrieblet“. Dieses in Wien entstandene Wort gegen diejenigen, die nur nach dem Sieg der Mittelmächte Frieden zu schließen gedachten, gebraucht sogar der Graf Czernin (von Orest-Litovsk und Dubroff) in seinem Tagebuch. Seither haben die Rationalisten in Wien ein neues Wort auf ihre Gegner geprägt, dem man den Witz nicht abbrechen kann: „Friedsinger“.

Zum Vorsitzenden des Deutschen Werkbundes ist Prof. Hans Bölsig in Dresden gewählt worden.

Volkstanz. Die nächste Volkstanzveranstaltung findet am 26. Okt., nachm. 4 Uhr, in der Villa Harmonie statt. Programm: Schuberl; Mitwirkende: Berta Schwarz von der Staatsoper, Bill Vardas, Karten 1,50 Mk. bei Dorch im Gewerkschaftssaal.

Die erste der weltlichen Sonntagsspieler, welche die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur in diesem Winter gemeinsam mit der Gesellschaft zur Pflege reiner Volkstänze veranstaltet, beginnt Sonntag, den 26. Oktober, um 11 Uhr, im Saal des Pösempluhs, Altpöplah 8.

Ein Handbuch der neuen Reichsverfassung bringt (eben der Verlag Carl Neumann, Berlin, in Form einer Taschenausgabe auf den Markt. 499 Seiten, Preis 10 Mk.) Alle Artikel sind ausgiebig von dem Staatsrechtprofessor der Frankfurter Universität Giese erläutert.

Unsere Außenpolitik.

106. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung am Donnerstag, den 23. Oktober, 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Müller.
Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Der Haushaltsplan für das Auswärtige Amt.

Nach dem Berichterstatter Abg. Waldstein (Dem.) spricht

Minister des Auswärtigen Müller:

Obwohl Sparsamkeit jetzt das oberste Gesetz ist, sind wir verpflichtet, Mehrforderungen für den auswärtigen Dienst zu stellen. Die Ausführung der Friedensbedingungen stellt auch hier finanzielle Opfer an uns. Wir hoffen, daß wir bald mit der ganzen Welt wieder in Verbindung treten werden. Dabei müssen unsere Arbeitsmethoden erneuert werden. Die Gleichstellung der diplomatischen und konsularischen Laufbahn wird weiter betrieben. Es wird gefordert, die Beamten hätten eine zu oberflächliche Kenntnis der Auslandsverhältnisse; sie berücksichtigen zu wenig die Denkwürdigkeit der fremden Völker, hätten nicht genügend Fühlung mit dem Volksebene, zeigten Mangel an praktischen Fähigkeiten. Diese Mängel werden zurückgeführt auf die Verknüpfung der Beamten, die bisher nur der Geld- und Geburtsaristokratie entnommen wurden. Das muß natürlich anders werden. Die deutsche Republik muß auf ihre ersten Posten eine Reihe neuer Männer bringen. Aber auch die Grundlagede der Auslese muß breiter werden, damit der Nachwuchs aus allen Kreisen herangezogen werden kann. Dabei werden auch Außenleiter in Betracht kommen müssen. Bei der Auslese für die Diplomatie wird in erster Linie die fachliche Eignung maßgebend sein. Wer die Absicht hat, gegen die Republik zu agitieren, kann unter keinen Umständen einen diplomatischen Posten besetzen. (Sehr richtig!) Die juristische Vorbildung soll nicht mehr allein ausschlaggebend sein. Die Auslandsbeamten sollen Wirtschaftspolitiker betreiben, aber nicht die Geschäftsvertreter bestimmter Firmen sein. Sie müssen von ihren Bezügen leben können. (Sehr richtig!) Es gilt, schöpferische Persönlichkeiten auszuwählen, die richtig sehen und das Gesehene mitteilen können.

Clemenceau sagt in seiner letzten Rede: „Der Haß kann keine Lösung bringen! Leider ist das noch nicht zum Grundlag der französischen Politik geworden. Gelänge es unseren Gegnern, aus uns

mit einer Foller

die letzte Kraft und den letzten Saft herauszupressen, so würde das den Ruin Europas zur Folge haben. (Sehr richtig!) Clemenceau will weiter den deutschen Sozialisten vor, sie hätten sich mit der Militärpartei verbunden. Bei uns regiert die Militärpartei nur in den besetzten Gebieten, und zwar die französische, aber nicht die deutsche. Der Friedensvertrag verfügt uns das uns aufhebende Selbstbestimmungsrecht. Clemenceau sagt weiter:

„Die Herren sind wir!“

Das sind die Reden der Alldeutschen von vorgestern. Die Franzosen werden solche Redensarten so lange gebrauchen, bis es zu einer europäischen Katastrophe kommt. Wir wollen einen wirklichen Völkerverbund, dem wir mit unserem Herzen angehören können. Noch immer schmachten 250 000 deutsche Kriegsgefangene

hinter französischem Stacheldraht;

wo bleibt da die vielgerühmte Menschlichkeit? Die Mutterherzen der ganzen Welt sollten sich zusammenschließen zu einem einzigen Schrei der Menschlichkeit, der auch in Paris gehört werden muß. Wir wollen unsere Gefangenen zurückhaben. (Sehr richtig!) Das deutsche Volk will den Frieden. Darum muß auch das Baltikum so schnell wie möglich von deutschen Truppen geräumt werden. Die Reichsregierung mißbilligt das Glückwunschtelegramm des Grafen v. d. Goltz an den Obersten Analoß auf das schärfste. Durch die Resolution, die die Entente Sowjet-Rußland gegenüber jetzt wieder annimmt, wird der Volkswille, den auch wir für eine Befreiung ansehen, nur gesichert. Es gehört etwas dazu, von uns zu verlangen, und an dieser Hungerblockade gegen Sowjet-Rußland zu beteiligen, denn es leiden in erster Linie die breiten Volksmassen darunter. — Gegen

die Dörfelblockade

haben wir in schärfster Form protestiert. Die Verhandlungen über die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen sind dem Abschluß nahe. Im Ausland hofft man, daß das deutsche Volk den Weg nach Aufwärts wieder finden wird. Hoffen wir, daß diese Erwartung sich erfüllt. (Beifall.)

Abg. Weis (Soz.):

Der Befundungsprozess, den wir in unserem Lande herbeiführen wollen, erfordert festzustellen, wer in den langen Jahren das deutsche Volk belogen und betrogen, wer es schlecht und wer es gut geführt hat. (Jurist rechts: Und wer es nachher betrogen hat!) Sie (nach rechts) haben es betrogen. (Rebhafter Protest rechts.) Kein Volk der Welt kann diese Generalberichte ablegen, so wie das deutsche Volk, die deutsche Republik. Die Wahrheit ist in Deutschland auf dem Marsch. Wir haben die Hoffnung, daß unsere Genossen in Frankreich und in England den Weg in die Weheimarche ihres Landes zu finden werden wissen. In der kaiserlichen Politik übertraf

das Bündnis der Halbheit mit der Unfähigkeit

alle anderen Bündnisse an Haltbarkeit. In den Beratungen des Unter Ausschusses haben wir aus einem Telegramm ersehen, daß der sogenannte Friedenslaifer seinen Wert auf Friedensvermittlung legte: „Es wird vorgegangen“. (Rebhafter Protest links.) Diese Mischung von Unfähigkeit und Schnoddenigkeit hat den Untergang des Deutschen Reiches besiegelt. (Rebhafter Beifall links, Lärm rechts.) Diesem tragischen Vorfalle, dieser Halbheit und Unehrlichkeit, die die deutschen Friedensbedingungen und die Rolle über den rücksichtslosen U-Vorkrieg am gleichen Tag übergeben liegen, ist das deutsche Volk zum Opfer gefallen. Wir werden nur wieder hochkommen, wenn man an unsere Ehreliebe glaubt. Die Königsberger „Freiheit“ vom 22. Oktober hat durch eine sogenannte Entschuldig der Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu diskreditieren versucht. Dem dort veröffentlichten „Geheimprotokoll“ sieht man die ausländische Fälschung auf den ersten Blick an. In einer Sitzung, an der Scheidemann und Kossel teilgenommen haben sollen, soll ein Geheimrat von Simmern Mitteilungen über die Vernichtung und Fälschung der Akten des Auswärtigen Amtes gemacht haben. Dadurch soll der Untersuchungsausschuss zu dem Urteil von Deutschlands Unschuld gebracht werden. Das Protokoll dieser Sitzung, die im Juli stattgefunden haben soll, trägt falsche Namen und Unsinnsbezeichnungen. Ich erkläre im Auftrag des Genossen Scheidemann, daß eine solche Sitzung niemals stattgefunden und daß Scheidemann an einer solchen weder jemals teilgenommen, noch in ihr eine Rede gehalten hat. Die Frage ist aber, wer in einer so frivolen und gefährlichen Art und Weise, Deutschland vor dem Ausland verdächtig zu machen, interessiert ist.

Lenin ist

in einem Programm, das allerdings für die Kommunisten bestimmt ist, alle chauvinistischen Bewegungen und internationalen Fronten zu führen. (Hört! hört!) Das sind die Drahtzieher, die von Moskau dirigiert werden. Wir haben für diese gewissen-

losen Verbrechen nur den tiefsten Abscheu. Das baltische Abenteuer war für manche Kreise die letzte Gelegenheit zur Fortsetzung ihrer unehrlichen Politik. Dieser Sabotage des Friedens gegenüber darf es keine Lachheit und keine Halbheit geben. Wir sprechen uns deutsch

gegen eine Blockade Sowjet-Rußlands

aus. Die Sowjet-Regierung ist ein Unglück für den Sozialismus, aber ein noch größeres Unglück wäre ein Sieg der Reaktion in Rußland, der einen jahrelangen Bürgerkrieg zur Folge hätte. Die Ententeregierungen handeln hinter dem Rücken ihrer Völker, denn weder in England noch in Frankreich ist die Blockadenote bisher veröffentlicht worden. Die französischen Genossen haben genau in derselben Ueberzeugung wie die deutschen Sozialdemokraten am 4. August 1914 die Kriegskredite einstimmig bewilligt. Das muß gegenüber den Verdrehungen Clemenceaus festgehalten werden. Wir wollen den Völkerverbund. Wir lehnen die Auffassung ab, daß der Völkerverbund ein Werkzeug des Kapitalismus sei, an dem ein Sozialdemokrat nicht teilnehmen dürfe. Die zweite Internationale muß die Basis des Völkerverbundes werden. Der Haß kann keine Lösung bringen, sagt selbst Clemenceau. Wir müssen zusammenarbeiten, das ist das alte Programm der Sozialdemokraten, ihr Wahlspruch gilt auch für die Zukunft: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! (Rebhafter Beifall bei der Mehrheit des Hauses.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Im Vertrauen auf

Wissens 14 Punkte

haben wir den Krieg beendet — jetzt wollen wir auch den Frieden, der diesen 14 Punkten entspricht. Wir müssen vernünftige Randstaatenpolitik besonders Polen gegenüber treiben. An der Blockade Sowjet-Rußlands werden wir uns nicht beteiligen. Das Interview des Reichspräsidenten durch einen spanischen Journalisten bedarf der Aufklärung. Unser Auswärtiges Amt muß sich vor allem der Gefangenen, der Auslandsdeutschen und der Volksgenossen im besetzten, zu besetzenden und abzutretenden Gebiet annehmen. Wir hoffen auf eine bessere Zukunft.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat. Vp.): Es ist unerhört, daß nach 5 Monaten Friedensschluß die Gefangenen noch nicht herausgegeben sind. Weshalb hat die Regierung das noch nicht durchsetzen können? (Lärm links, Jurist: Hegrebel!) Sie hätte sich mehr für die Gefangenen einsetzen müssen. (Jurist links: Geben Sie doch die Mittel an!) Unsere Regierung muß vorwärts sein. Der Minister des Auswärtigen sollte außerhalb des parlamentarischen Systems gestellt werden. Nur das parlamentarische System gilt der Soz.; mit dem Amt kommt auch der Verstand. Reist ist aber das Amt schon darüber, wenn der Verstand kommt.

Abg. Dr. Geys (U. Soz.): Die rechtssozialistische Partei hat feinerzeit den U-Vorkrieg unterstützt (!), namentlich der „Vorwärts“ hat unter der Redaktion Stampfer bewußt für ihn Stimmung gemacht (!). (Jurist: Quatsch!) Das Programm der Regierung scheint zu sein: Frieden nach außen und Kampf nach innen gegen die Arbeiter. Wo es sich nicht um Worte, sondern um Taten handelt, da wird der Charakter des Auswärtigen Amtes klar. Der Völkerverbund, die organisatorische Zusammenfassung der Imperialisten der Welt, ist ein Weltverleumdungsprodukt der Sieger mit gegenrevolutionärem Charakter. Sein Ziel ist die Niederschlagung der sozialen Revolution; die Blockade Sowjet-Rußlands ist seine erste Tat. Außenminister Müller hat sich bereit erklärt, an einer Interdiktionspolitik gegen Rußland teilzunehmen (?). Die bürgerlichen Parteien möchten für die Teilnahme an der Blockade Sowjet-Rußlands die Aufhebung der Dörfelblockade erlangen. Militärische Kreise möchten sich sogar aktiv beteiligen. Nach den Ausführungen des Reichspräsidenten gegenüber einem spanischen Journalisten ist anzunehmen, daß er wünscht, daß die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Blockade Sowjet-Rußlands gezwungen werde. Damit greift er widersprüchlich in die äußere Politik Deutschlands ein. Das ist das alte persönliche Regime. Dadurch werden die Bedenken gegen die Einrichtung eines Reichspräsidenten neu gerechtfertigt. Die Aufforderung der Entente zur Teilnahme an der Blockade hätte durch eine sozialistische Regierung vor allen Dingen gebrandmarkt werden müssen. Seinerzeit hat Erzberger sogar erklärt, sich an einem Kreuzzug gegen Sowjet-Rußland zu beteiligen. Damals schuf Deutschland seinen Grenzschutz. Die baltischen Maßnahmen der Regierung kamen durchwegs zu spät. Unsere Forderungen sind Druck mit der Geheimdiplomatie, Räumung des Baltikums mit allen Mitteln (auch Krieg? Neb.), Bestrafung der Schuldigen durch das Gesetz, friedliche Verständigung mit Sowjet-Rußland, was auch ohne formelle Verträge möglich ist. Wir müssen die friedliche Bestimmung zum Ausdruck bringen, indem wir vor der ganzen Welt erklären, daß wir gewillt sind, mit Sowjet-Rußland in Frieden zu leben. (Hundertmal erklärt! Neb.) Die Bedingungen für die gegenrevolutionären Formationen müssen eingestellt werden. Die russischen Säuberrückstände müssen entlassen und ihnen die Möglichkeit geboten werden, möglichst schnell nach Hause zurückzukehren. Weil die jetzige Regierung nicht gewillt ist, diese Forderungen zu erfüllen, streben wir an, dieses Herrschaftssystem zu gerättern und an dessen Stelle ein sozialistisches zu setzen. Durch die auswärtigen Vertreter muß die Verbindung mit den ausländischen Arbeitern geschaffen werden. Der entscheidende Kampf des Proletariats gegen den Weltkapitalismus ist im Gange. Dafür zeugen die schweren sozialen Kämpfe in Italien und Amerika. Das Ziel der Auslandsdörfelblockade ist kein, die proletarischen Kräfte aller Länder zusammenzufassen zum Kampfe gegen den Weltkapitalismus. Unser Kampf gilt auch der Nationalversammlung, die sichhorn gegenüber ihre gegenrevolutionäre Bestimmung offen zum Ausdruck gebracht hat. (Gelächter.) Wir alle haben, wenn es die revolutionäre Pflicht erfordert, genau dasselbe getan und werden es auch weiterhin tun. Auf der einen Seite stehen wir als die Vertreter der Klassenbewußten Proletariats, auf der anderen Seite steht die Gegenrevolution, zu der auch die Rechtssozialisten gehören. (Gelächter bei den Soz.) Ich wiederhole... (Gelächter.) — Vizepräsident Haushamm erlaubt den Redner, dem Hause die händigen Wiederholungen im Interesse der Angehörigen, zu ersparen, für die doch der achtstündige Arbeitstag gelten soll. Wir erwarten von dem internationalen revolutionären Proletariat dieselbe Solidarität, die wir für Sowjet-Rußland bekennen, wenn bei uns die große Auseinandersetzung kommt. (Beifall bei den U. Soz. — Gelächter.)

Minister Müller (mit Unruhe empfangen, Jurist: Achtstunden-tag): Die Worte des Abg. Geys war nicht immer für eine Verständigung mit Rußland. Die Volkbeauftragten einschließlich Daase haben es abgelehnt, die diplomatischen Beziehungen mit Sowjet-Rußland aufzunehmen.

Freitag 1 Uhr: Weiterberatung. — Schluß 7 Uhr.

Der Münchener Gesellenmord.

München, den 23. Oktober.

Nach einigen unvollständigen Zusammenfassungen werden dann die sämtlichen im Vorhinein aus dem schändlichen Verbrechen in den Sitzungsprotokollen gegeben. Unter ihnen befinden sich Oberst Rudi, Hauptmann v. Altmann, Hauptmann v. Dittmann, Offizierstellvertreter Priebe, Hauptmann v. Dittmann, Offizierstellvertreter Priebe, Hauptmann v. Dittmann, Offizierstellvertreter Priebe. Mit den Jungen zusammen ist auch

der Schriftsteller Paul Kampmeier erschienen. Er war Mitglied des Aktionsausschusses während der kritischen April- und Mai-tage und wird zunächst vernommen. Er befindet: Als Mitglied des Aktionsausschusses haben wir uns niemals sehr oft mit der Frage der Exekution und Denunziationen befaßt. Der Ausschuss hatte den Zweck, die Vermittlung zwischen der Regierung in Bamberg und dem Militär aufrechtzuerhalten; vor allem aber sollte er die Militärregierung unter allen Umständen stützen. Nach dem Sturz derselben, den wir aus vollem Herzen begrühten, sind wir in die Residenz eingedrückt und haben unsere Tätigkeit begonnen. Es erschien uns merkwürdig, daß wir vom ersten Tage ab überhäuft wurden mit Beschwerden über

willkürliche Verhaftungen und Einrichtungen.

Wir gingen diesen nach und stießen auf eine ganze Anzahl Fälle, in denen grobe Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren. Ich erinnere besonders an den Fall Gustav Landauer, an den des Redakteurs Peter Schömer und eine weitere Erschießung im Fall des Stadtkommandanten Gölhofer. Nach unserer Meinung waren die Soldaten nicht richtig instruiert. Sie saßen fast in jedem Gefangenen sofort einen todeswürdigen Verbrecher. Verhaftet wurde dieser unheilbare Zustand durch verschiedene unglückliche Erlasse. So war es vor allem ein Erlass des Obersten Epp, der jeden, der weiteren Widerstand gegen die Regierung Hoffmann leisten würde, mit Standgericht und Todesstrafe bedrohte, während doch die Exekution nur wegen grober Verbrechen gegen das geltende Strafrecht zulässig erschien. Wir haben diesen Erlass sofort beim Kriegsministerium beanstandet. Weiter wurde das Standrecht jedem angezogen, der gegen die Regierung Hoffmann lehte. Ein weiterer sehr unglücklicher Erlass war der des Generals Mühl. Es hieß darin u. a.: „Wer immer sich in letzter Zeit Rohheiten, Gewalttätigkeiten hat zuschulden kommen lassen, ist ungeheuer anzugehen und auszuliefern.“ Damit war den Denunziationen fragwürdiger Art Tür und Tor geöffnet. Ich habe sofort in der „Münchener Post“ dagegen Stellung genommen, nachdem zwei Redakteure des Blattes dem Verleumdungs zum Opfer gefallen waren. Ich bin der Meinung, daß man einmal die Mannschaften nicht richtig instruiert hat, andererseits fälschlich Unheil dadurch anrichtete, daß man eine allgemeine Denunziationswut entzündete. Das kann vielleicht auch auf die Angeklagten eingewirkt haben. — Vorf.: Ob die Soldaten dahin instruiert waren, wie sie mit Spartaisten verfahren sollten, können Sie aber nicht sagen? — Zeuge: Nein. — Rechtsanwält Kaufmann: Sind die beiden Erlasse vom 6. Mai erschienen? — Zeuge: Ja wohl. — Rechtsanwält Kaufmann: Die Wendung in dem Erlass: „solche Elemente sind unschädlich zu machen“ spricht doch dafür, daß die Angeklagten glauben konnten, daß sie

das Recht zum Abschichten von Spartaisten

hätten. — Zeuge: Diese Befürchtung hatte ich auch.

Unter großer Spannung des Zuhörerraums wird dann der Oberst und Regimentskommandeur des 61. Reichswehrregiments Rudi aus Pürbenwalde aufgerufen. Er befindet: Ich war damals beim Stab der 8. Infanteriebrigade, der im Hotel Mariahilf einquartiert war. Abends gegen 10 Uhr wurde dortin gemeldet, daß die 1. Kompanie des Alexanderregiments in Berlin ausgeschied worden sei, um ein Spartaistenfest im katholischen Gesellenvereinshaus auszuheben. Die Alexanderhatten ihre Arrestanten in das Prinz-Georg-Palais am Karolinenplatz 5 eingeliefert, dessen Keller als Arresthaus diente. Bei und nach der Entlassung seien fremde Soldaten hinzugekommen, hätten die Spartaisten mißhandelt und schließlich im Keller hingemordet. Ich hielt das zunächst für ganz ungläubig, weil ich meiner Heule ganz sicher war. Ich ging dann sofort hin und traf im Hof Soldaten aller Waffengattungen und Zivilisten an. Gleich am Hofeingang sah ich bereits 6 bis 7 Leichen liegen. Ich ließ auf den Oberleutnant v. Hülfen in Begleitung von zwei anderen Offizieren. Ich frage sie: Was ist denn hier los? Darauf erklärten sie mir, es wären mit unserem Wachkommando vom Alexanderregiment bayerische Soldaten mit in den Hof eingedrungen, hätten unsere Wachen zurückgedrängt und

die Gefangenen, angebliche Spartaisten, erschossen.

Alle drei Herren rieten mir, unter keinen Umständen weiter vorzugehen, denn die Leute im Keller seien wie rasend und würden auch mich unter Umständen nicht respektieren. Die Herren erklärten ganz offen, sie hätten ihre Leute selbst nicht in der Hand, da sie alle wie tobsüchtig sich gebärden. In diesem Augenblick fiel ein Schuß im Keller. Ich rief: Hier geht es um Menschenleben, da können wir nicht zurückbleiben! und stürzte in den Keller. Ich habe viel im Arzte erlebt und gesehen. Aber was ich in diesem Keller sah, war wohl das... Eindrucksvollste, was ich jemals erlebt habe. Der Keller war dunkel, erfüllt von Rauch und Blutgeruch. Auf dem Boden lagen 6 bis 7 Leichen und die anwesenden Mannschaften schrien und schrien wie wild um sich. Ich habe in dem ganzen Keller keinen Mann mit Stahlhelm gesehen, konnte also auch nicht annehmen, daß einer von den Unsrigen dabei sei. Nachdem ich mich von meinem ersten Schreck erholt hatte, ging ich zurück auf den Hof und fragte dort, ob die Leute im Keller irgend jemandem bekannt seien. Ein bayerischer Unteroffizier sagte mir, er kenne die Leute auch nicht. Er habe sie vergeblich an dem Bord zu verhindern gesucht. Mein Feldwebel Franz ging dann zurück in den Keller und kam mit einem schwerverwundeten Zivilisten heraus, der furchtbar schrie.

Inzwischen hatte sich das ganze Volk auf dem Hof wie mit einem Hauberkrieg verflüchtigt. Wir erwischten nur noch 5 bis 6 Mann, die ich sofort für verhaftet erklärte. Einer gab zu, erschossen zu haben. Es war ein großer, dreißigjähriger Mann, der sich in großer Erregung befand. Die anderen 5 standen in guter Haltung vor mir und ich hatte nicht den Eindruck, daß sie etwas angegrunten waren. Ich ließ ihre Namen feststellen und sie zu ihren Truppendeuten abführen. Dann schickte ich zum Regimentsarzt und benachrichtigte General von Duen. Wir zogen dann die Überlebenden unter den Toten im Keller hervor und wandten alle Sorgfalt an, indem wir sie sofort ins Regimentszimmer brachten. Ich selbst schrieb dort meine Beobachtungen alsbald nieder. Im Mitternacht erschien dann das Disziplinargericht. Auch ich geriet allmählich mehr und mehr in Erregung, und als bei dem Pierbörner Lotz eines im gleichen Hause wohnenden Hauptmanns gestohlene Sachen in der Tasche gefunden wurden, befahl ich in der ersten Wallung, daß man den Mann

sofort an die Wand stellen und niedersticheln

solle. Ich habe diesen Befehl aber sofort wieder zurückgenommen, da ich hierzu nicht berechtigt war. Ich hielt dann allen Verhafteten vor, ob sie denn wohlständig oder betrunken seien, da selbst Spartaisten ein Recht auf gerichtliche Erörterung ihrer Taten hätten. Darauf verbarren die Leute im Schweigen. — Vorf.: Was wußten Sie von den Verhafteten und ihrer Herkunft? Zeuge: Nichts. Ich hatte keine Ahnung davon, daß es Mitglieder des katholischen Gesellenvereins waren. Erst als ich später einige der Verhafteten sprach, kam mir eine Ahnung von dem ungeheuerlichen Mordverbrechen. Von dem Verhafteten habe ich den Eindruck, daß sie allesamt glaubten, gewissermaßen

ein gutes Werk

mit der Riedererschließung des Unschuldigen getan zu haben. Vorf.: Welcher Herkunft waren die sechs Verhafteten denn? Zeuge: Es waren lauter Bayern. Keine Leute erklärten mir, die Bayern hätten ihnen zugewinkt: Laktanz Lorenz. Mit den Spartaisten werden wir allein fertig.

Opernhaus.
Der Rosenkavalier.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Schauspielhaus.
Judith.
Anfang 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
6 1/2 U.: Othello.
Sonntag 7 Uhr: Cymbeline.
Kammerspiele.
7 1/2 U.: Die Büchse der Pandora
Sonntag 7 Uhr: Iwanow.

Theater 1. d.
Königgrätzerstraße
7 Uhr: Ein Traumspiel.
Sonntag: Schloß Wetterstein
Sonntag nachm.: Musik.
Abends: Schloß Wetterstein
Montag: Ein Traumspiel

Komödienhaus
1/8 Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater
7.10 Uhr: Hummel-Studenten.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Die schöne Helena.

Eden-Theater
7 1/2 U.: „U. A. W. G.“
Stg. 3 U.: Prinzessin vom Nil
Friedr.-Wilhelmst. Th.

7 1/2 Uhr: Gretchen.
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Helden.
Kl. Schauspielhaus.
7 1/2 U.: Er kann nicht befehlen.
Komische Oper
7 1/2 U.: Liebeszauber.
Stg. 3 1/2 U.: Schwarzwalddübel
Lustspielhaus

7 1/2 Uhr: So ein Mädel.
Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill
mit Massary und Thiescher.
Sonntag 3 U.: Charleys Tante
mit Thiescher.

Neues Operettenhaus.
7 1/2 U.: Die Dame vom Zirkus.
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: Der Meinelbauer.

Thalia-Theater
7 1/2 U.: Jungfer Sonnenschein
Th. am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr:
Der Weigelte
Theater des Westens
7 1/2 U.: Die Frau im Hermelin
Stg. 3 1/2 U.: Die lustige Witwe
Theater „Die Tribüne“
7 1/2 Uhr: „Die Wandlung.“
Theater d. Friedrichstadt
7 1/2 Uhr: Dr. Stieglitz
mit **Rud. Schildkraut**
Wallner-Theater
7.15 Uhr: Eine Ballnacht.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Die Geisha

Residenz-Theater.
Untergrund. Klosterstraße.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich Heute 273. Male
8 Uhr. zum 273. Male
Das höhere Leben.
Von Hermann Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.
Olga Limburg, Harry Liedtke,
Rosa Valetti, Marietta Gilly,
Emma Dehner, Genevieve
Kendler, Mamelok.
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:
Hänsel und Gretel.
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:
Z. 381. Male: **Der gute Rat.**

Tranon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Untergrundbahn Friedrichstr.
Täglich 1/8 Uhr:
Maskerade.
Von Ludwig Fulda.
Regie: Alfred Rotter.
Hans Arnstadt, Eugen Burg,
Käthe Dorsch, Paul Bildt,
Jul. Falkenstein, Hugo Flink,
Paula Levernann.
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:
Aschenbrödel.
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:
Johannisfeuer.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Eine Frau wie Du.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Das Gesetz.

Casino-Theater
Lothringersstraße. Tägl. 7 1/2 U.:
Großstadt-Pflanzen
Vollständig in 3 Akten.
Vorher: Schwarzwaldbühne.
Operettenakt m. Viktor Litzke.
Dazu erstklass. Spezialitäten.
Sonntag 1/4: Mädchenchöre.

Winter-Garten
Wegen des unlaugreichen
Oktober-Spielplans
- Anfang 7.15 -
- Rauchen gestattet!

Theater am Rothbuser Tor.
Tel.: Moritzplatz 14314.
Je 8. Abend 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
9 edelm. Mitgl. der
Städt. Säng. Ges.
sonnt. nachm. 8 Uhr
ermäß. Preisvervoll.
Abend-Programme
1 Kind frei!
Rauchen gestattet!
Sänger-Konzert. Beg. 7.15 Uhr.
Vorverkauf. 11.-12. u. 4.-8 Uhr.

Volksbühne Theater
a. B. Bolowpl
7 1/2 Uhr: Paul Lange und
Tora Paraberg.

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky.
7 1/2 Peer Gynt.
Sbd. 7 1/2: Christa die Tante.
Sonnt. 7 1/2: Christa die Tante

Deutsches Künstler-Theater
7: Zum 1. Male!
Cyprienne.
(Leopoldine Konstantin, Grete
Felsing, Annaliese Halbe, Jo
Hegy, Helene Korschewski,
Kurt Götz, Rud. Klein-Rogge,
Erich Walter, Franz Weber,
Karl Rückert.)
Sonntag und Sonntag 7 1/2:
Cyprienne.

APOLLO THEATER
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7 1/2 allabendl. 7 1/2
Sonnt. 3 1/2 u.

Die Welt im Jahre 2000!
Gr. Varieté-Anstalt.
schau in 3 Bildern.
in Szene ges. von Dir.
James Klein.
U. a. Modenschau
im Jahre 2000
10 Karier zu Pferde
(Akrobatische Spiele)
Die Lichter in der
Silbergrötte/Tänze/
Effekte a. d. Jahre 2000
Senta Söneland
Lucie Blattner
H. Lamberts-Paulsen
Alex Stamer
Hedwig Gitzke usw.
Sonnt. 3 1/2. (Erwachs.
1 Kind frei)

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21.
Täglich 7.30.
Spezialitäten u. Varieté.
Burleske.
Auf i. Königstadt-Kasino
in 3 Bildern.

Circus Busch
Freitag, 24. 10., 7 1/2 Uhr:
Jubiläum 25. Auf-
führung.
„Aphrodite“
Tragikomisch. Pantomime
von Paula Busch, insz. v.
Hofballmstr. O. Blauvalet.
Pers. Auftr. d. Verfass.
Paula Busch.
Vorher d. gr. Zirkus-Prgr.

Admirals-Palast.
Allabendlich 8 Uhr:
Die lustige Puppe

Admirals-Kino
Die Rose von Stambul
mit Fritz Massary

Central-Park
am Bf. Friedrichstr.
Schleifenbahn
Figur-8-Bahn
Berg- und Talbahn
Taifun-Rad
! Hippodrom-Noblesse!
Wochtags ab 3, Sonnt. 4 U.

METROPO
KABARETT
DEHNENSTR. 23
Merry Ronald
Fred Marion
Elsitta
Schlüter-Grafitz
Mary Walter
4 Varieté
Irma Traus
Nagel u. Pola
Max Marzelli
Paul Steinitz
Cont.:
Steggr. Pintow
Am Flügel: Henschel

BIL
Potsdamer Str. 38
Turnstr. 12
Henny-Porten
in:
Die lebende Tote
Friedemann, Rheinstr. 14
Aphrodite.
Alexanderplatz-Passage.
Eva May
in: Irlicht.

Heute im Decliner Theater
zum 400. Male:
**Bummel-
Studenten.**
Der große Erfolg: Die
Operettenparodie

Tauentzien-Palast
Kameraden
von
Strindberg
für den Film
bearbeitet von
Adolf Paul
im Jahre 2000
10 Karier zu Pferde
(Akrobatische Spiele)
Die Lichter in der
Silbergrötte/Tänze/
Effekte a. d. Jahre 2000
Senta Söneland
Lucie Blattner
H. Lamberts-Paulsen
Alex Stamer
Hedwig Gitzke usw.
Sonnt. 3 1/2. (Erwachs.
1 Kind frei)

**VILLSTEIN.
SCHNITT
MUSTER**

**Kaufhaus
des Westens
BERLIN W.**

Tomndorf-Betriebe
W. Neue Tomndorf

Kinden-Restaurant
Unter den Linden 44
und Friedbergstraße 87
**Vornehmes Wein-
und Bier-Restaurant**
Bestellte edle Weine
Spezialität: Wiener Haus
Gesellschaft: Wiener Haus
Wittgen u. Weinhaus
Kapelle Tischler.
Wichtig gekümmte Verpflegung.

Tomndorf
Unter den Linden 44
Kaffee - Diel - Bar
Alte Wein-Restaurant
Koch- u. Wein-Konzert
Kapelle Witzmann, Wagner
Eigene Wiener Köche!
Kaffee-Suberzeugung nach
Pariserer Art.

Nur allein
Kunstspiel-Pianos und Flügel
Virtuola
unmöglichen gleichzeitige Wiedergabe der Stücke
nach Auffassung d. Künstlers u. Selbstnancierung.
Römhildt A. G. Leipziger Straße
119-120, 1. Stock.

**UFA-PALAST
AM ZOO**

6. Woche
mit unvergleichlichem
Erfolge!

**MADAME
DUBARRY**
MIT POLA NEGRİ
REGIE: ERNST LUBITSCH

Wochentags 6 1/2 u. 8 1/2, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr

Sport-Palast
Der Tod in Phaleria
ob.: Die Liebe ist härter als der Tod
mit
Erich Kaiser-Tietz.
Die Frau mit den zwei Seelen.
Vorverkauf von 10-3 Uhr.

Alte Wein- J. F. Ranch
stuben
Brunnenstr. 174, nur neb. Gold-
gesch. Busse, Friedrichstr. 11,
Gr. Frankl. Str. 112 neb. Jandorf.

**Cognac!
Rum.**

Endlich
ein guter, zuckergesüßter, preis-
werter, kräftiger Likör:
**Körners Original
Stonsdorfer**
Zuckergesüßter Sekt,
Echt Schwarze Steinhäger,
kräftig, vorzügl. Rotweine,
Süßer Obstschäumwein,
Süßer Maitrank, FL 375 Mk.
Vorzügl. bill. Bowlenweine.

Ankauf
wertvoller
Antiquitäten
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40 A.
Zentr. 9485.

Ankauf
von
Juwelen
Perlen, Smaragd usw.
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 6

Ziehung v. u. s. Nov. 1918
Geld-Lotterie
für die Lehrvermittlungsgesellschaft
200 000
75 000
30 000
Empf. u. verz. auch u. Nachb.
für Porto u. Liste 50 Pf.
mittels.
Lose à M. 3.80
Emil Siller, Dankhaus,
Hamburg, Holzdamm 20.
Bitte rechtzeitige Bestellung!

Reichshall-Theater
7 1/2 Uhr und Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Städt. Säng.
nachm. halbe Hr.
Reichshallen-S.
Dönhoff-Brett.

Seeligs Möbelhaus
nur Elsfasser Straße 8
Spezialitäten im Möbel-
Ged. Ständige Gelegen-
heitskäufe in neuen und ge-
brauchten Wohnungs-Ein-
richtungen, son. d. ein. d. d. d.
bis zu den vornehmsten.
**Herren-, Speise-
und Schlafzimmer**
besonders verziert. Heute
Rücken von Nr. 175. - an
Spezialität:
**Kleiderschränke, Ver-
tikals, Bettstellen,**
hauend bill.
Verkaufzeit von 9-7 Uhr.
Der meiste Weg
macht sich bezahlt.

Der Herbstverkauf
von Obfächern, Beeren-
obf., Jostbröden usw.
bei begonn.
L. Späth, Baumstraße, Garten-
gehaltung.
Dammstraße
Verkaufzeit von 8 bis 1/2 Uhr.

**RICHARD OSWALD
LICHTSPIELE**
DIREKTION GEBR. KÖTTNER
Cöpenicker Str. 68 (National-
Theater).

Uraufführung! Uraufführung!
Reinhold Schünzel
in
Seine Beichte
Bekanntnisse eines Lebemanns nach
dem Roman von Jolanthe Maré.
Weibliche Hauptrollen:
Hedda Vernon / Grit Hegesa.
Regie: HUBERT MOEST.
Für den Film bearbeitet von B. E. LUETHGE.

Quecksilber
1 Kilo bis
Mark 50.-
kauft Metallkontor, Altes Jakobstraße 188
Moritzplatz 12835b.

Schneider für Dänemark!
Einige erstklassige Schneider auf Röcke u. Hosen
erhalten dauernde Beschäftigung bei guten Löhnen.
Schriftliche Angebote mit genauen Angaben über
Alter, Familienverhältnisse und in welchen Ge-
schäften der Suchende zuletzt tätig war, werden er-
beten an die Hauptexpedition des „Vorwärts“ unter
C 39 im Laufe von acht Tagen. 2108*

Für Skandinavien gesucht:
tüchtige, ansgebildete Näherinnen und
Plätterinnen für Herrenwäschefabrik.
Freie Reise. Angebote unter Beifügung von Gehalts-
ansprüchen erbeten an die Hauptexpedition des „Vor-
wärts“ unter C 38.

Inseraten-Akquisiteur
für große Berliner Tageszeitung unter günstigen
Bedingungen gesucht. Offerten unter B. 39 an die
Expedition des „Vorwärts“.

Wickler für Ankerspulen A. B. G. und
andere Systeme als Vor-
arbeiter oder Meister gesucht.
Ausführliche Angebote unter H. G. 1633 an
Rudolf Mosse, Hamburg 1. 17/11

Perfekter Ankerwickler,
der Straßenbahnanker selbständig neuwickeln
und reparieren kann, sofort gesucht. 978D
Straßenbahn Bromberg, Friedrich-Wilhelm-Str. 2.

Modellseur
wird sofort für eine der größten
Schuhfabriken in Finnland
ge sucht. Gehalt: 1200 Fmk. im
Monat, freie Wohnung und
elektrische Beheizung. Gef.
Angebote unter Beifügung der
Zeugnisabschriften und Emp-
fehlungen an Finska Sko-
och Läderfabriks A/B.,
Korkeakoski, Finnland, erbeten.

Blusennäherinnen
für elektrischen Betrieb bei
hohem Lohn, Arbeitszeit
9-4 Uhr, verlangen 70/12
Frank & Bernstein,
Scharrenstr. 11/13, Kaufg. C.

Musternäherinnen
für Blusen und Kleider
im Hause
bei hohem Lohn.
Arbeitszeit 9-4 Uhr.
Frank & Bernstein
Scharrenstr. 11/13.

**Lackierer, Sattler,
Kastenmacher**
Hellen sofort ein mit Genehmi-
gung des Arbeiterrats.
70/12a
Boldt & Lieske,
Chausseest. 17.

Jüngerer Dreher
sucht Carl Walter, Wagen-
schl.-fabrik, Postmannstr. 24.

Stockpolierer
(Heimarbeiter) finden dauernde
und lohnende Beschäftigung bei
A. Daus, Stofffabrik,
Spandauer Str. 26.

Blusen-Zuführerinnen
erbeten, verlangen sofort
S. Blumenau & Sohn,
Pappel-Allee 78/79.

Strickerinnen,
perfekte und selbständige, mit
Motorenmaschinen, Industri-
maschinen, Nähmaschinen,
Schneidemaschinen,
Schneidemaschinen
sowie vertikal gegen feine gute
Beschäftigung bei guten Lohn-
verhältnissen für auswärtige
gewandte Arbeiterinnen mit Zeug-
nissen täglich zwischen 9 und
11 Uhr bei. 62/17

Mehling,
Berlin, Ebnburger Str. 24.

Fillalleiterinnen
branchenübliche, für Färberei
verlangt. Offerten unter T. C.
2820 an Rudolf Mosse,
Berlin, Rothensower Str. 3.

Austrägerinnen
für den „Vorwärts“
werden eingestellt in folgenden Filialen:
Berlin: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. - Prinzenstr. 31, Hof part. - Fritze-
Str. 37, Laden. - Döllz, Innmannsikirchstr. 24. - Melie,
Petersburger Platz 4. - Zinke, Lindenstr. 3, Laden. - Joseph, Wilhelmshö-
rner Straße 48. - Lausitzer Platz 14/15.
Schöneberg: Beiziger Straße 27.
Charlottenburg: Seseheimer
Straße 1.
Steglitz: A. Gammisch, Bis-
markstraße 8.
Neukölln: Heinrich, Neckerstraße 2.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Haben Sie Anhaltspunkte dafür, daß

die mexikanische Angelegenheit

mit dazu beigetragen hat, die deutsche Politik in Amerika als zweideutig und hinterhältig erscheinen zu lassen?

Graf Bernstorff: Selbstverständlich wurde die Mexiko-Depeche propagandistisch gegen uns bewertet. Einen besonderen Einfluß auf den Gang der Weltpolitik aber hatte sie nicht, denn der Krieg war ja da.

Abg. Dr. Cohn: Fand die Unterredung mit General Lubendorff vor Ihrer ersten Unterredung mit dem Kaiser statt oder nachher?

Graf Bernstorff: Ich habe den Kaiser vorher gesprochen.

Abg. Dr. Cohn: Haben Sie auch mit anderen Herren des Hauptquartiers gesprochen?

Graf Bernstorff: Ich habe auch mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg gesprochen.

Abg. Dr. Cohn: Ist Ihnen von jemand gesagt worden, daß man dem Kaiser so ernste Sachen nicht mitteilen möchte. Vielleicht von Herren der politischen Abteilung im Hauptquartier?

Graf Bernstorff: Nein.

Abg. Dr. Singheimer: Halten Sie die Gründe, aus denen Sie heraus vom Kaiser nicht empfangen werden sollten, für echt oder nur für Vorwände?

Graf Bernstorff: Vorwände ist ein zu starker Ausdruck. Ich habe allerdings persönlich angenommen, daß tiefere politische Meinungsverschiedenheiten die Ursache waren.

Abg. Dr. Singheimer: Haben Sie Anhaltspunkte dafür, daß gewisse Kreise den Kaiser bestimmt haben, Sie nicht zu empfangen, weil Sie über die Friedensaktion Wilsons genau Auskunft geben konnten?

Graf Bernstorff: Bestimmte Anhaltspunkte nicht.

Abg. Dr. Singheimer: Es fällt auf, daß der Kaiser sich in dem mehrfach erwähnten Telegramm an Staatssekretär Zimmermann nach einer Friedensaktion Wilsons erkundigt. Er kann doch also nicht ununterrichtet gewesen sein. Ist Ihnen bekannt, daß in der deutschen Presse eine Friedensaktion Wilsons als unpopulär abgelehnt wurde? Haben Sie nicht einmal gefragt, warum man die Presse nicht aufkläre über die Absichten der Reichsregierung? Sie beklagen sich doch einmal über die Haltung der deutschen Presse.

Graf Bernstorff: Ich habe angenommen, daß in der Presse

künstlich eine Agitation für den U-Boot-Krieg gemacht

würde. Da diese künstliche Agitation für den U-Boot-Krieg meistens mit Angriffen gegen mich verknüpft waren und weil diese (außenpolitisch-ökonomisch) Presse das auswärtige Amt ebenso scharf angegriffen wie mich, so habe ich mich allerdings gefragt, ob man die Presse nicht anders hätte beeinflussen können. Von Amerika aus konnte ich das aber nicht so genau beurteilen.

Vorsitzender Warmuth: Sie sprechen von einer künstlichen Stimmungsmache. Konnte nicht eine ganz natürliche Stimmungsmache vorliegen?

Graf Bernstorff: Von meinem Standpunkt aus habe ich diese Agitation für künstlich gehalten und halte sie noch heute dafür.

Ich glaube noch heute, daß, wenn die öffentliche Meinung in Deutschland zu wählen gehabt hätte zwischen einem möglichen Verständigungsfrieden und dem U-Boot-Krieg, sie sich für den Verständigungsfrieden entschieden hätte, wenn man sie genau aufgeklärt hätte.

Vorsitzender Warmuth: Das ist aber Ihre rein subjektive Auffassung.

Graf Bernstorff: Gewiß, Anhaltspunkte dafür habe ich nicht, ich habe das so angenommen.

Professor Bonn: Haben Sie am 4. Mai, als Sie mit General Lubendorff sprachen, zum erstenmal mit Herrn der Obersten Heeresleitung offiziell verhandelt?

Graf Bernstorff: Das erste Mal!

Professor Bonn: Als Sie am 14. März hier anlangten, waren die Beziehungen schon abgebrochen. Es spielten aber doch noch allerlei Möglichkeiten, wenn auch sehr unbestimmte, daß es doch noch nicht zum Kriege zu kommen brauchte. Der Kriegszustand trat erst am 2. April ein. Diese Frist ist von den maßgebenden Kreisen nicht ausgenutzt worden, um Sie zu einer persönlichen Berichterstattung aufzufordern?

Graf Bernstorff: Ich könnte mich in den Daten irren, aber so viel weiß ich: an dem Tage meiner Ankunft waren alle diese Fragen in familiären Kreisen bereits erledigt. Auch heute bin ich noch der Ansicht, daß meine Zurückhaltung in Halifax den Zweck gehabt hat, mir die Gelegenheit zu nehmen, hier etwas zu unternehmen.

Professor Bonn: Haben Sie General Lubendorff zu verstehen gegeben, daß diese Friedensbemühungen keine diplomatische Exzitation Ihrerseits sei, sondern daß Sie mindestens gutgläubig der Meinung waren, die

Politik der Regierung

zu vertreten?

Graf Bernstorff: Ja, das habe ich ihm gesagt. Ich entsinne mich auf eine Weigerung, die mir damals entfallen war, daß General Lubendorff mir auf meine Bemerkung, daß ich den Frieden hätte machen wollen, ehe wir am Ende seien, antwortete: „Uebrigens sind Sie ja wohl zum Teil berechtigt gewesen, wenn Sie geglaubt haben, in dieser Hinsicht tätig sein zu sollen, denn aus den Informationen konnten Sie wohl den Gedanken herauslesen, daß wir am Ende wären.“ Auf diese Antwort entsinne ich mich.

Professor Bonn: Haben Sie bei der Unterredung mit General Lubendorff die Friedensschritte im einzelnen besprochen?

Graf Bernstorff: Im einzelnen, nein.

Professor Bonn: Wußte er damals, daß nach dem 22. Januar Wilson durch Oberst House nochmals seine Friedensvermittlung angeboten hat?

Graf Bernstorff: Das wußte er.

Abg. Dr. Cohn: Ist

die Kabinenz beim Kaiser

nach Ihrer Rückkehr erfolgt, weil es üblich war, daß Diplomaten bei ihrer Heimkehr sich melden, oder wurde von irgendeiner Seite besonderer Wert darauf gelegt, vielleicht von Ihnen oder vom Reichskanzler?

Graf Bernstorff: Es war üblich, daß wir uns immer melden, wenn wir nach Berlin kamen, wollems nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen habe ich es für ganz selbstverständlich gehalten, mich zu melden.

Abg. Dr. Cohn: Sprachen Sie bei Ihrer ersten Unterredung mit Herrn v. Bethmann darüber?

Graf Bernstorff: Ich glaube, der Reichskanzler hat mir gesagt, ich würde demnächst empfangen werden. Auf alle Fälle war die Rede davon, daß es erwünscht sei, daß der Kaiser mich sehe.

Abg. Dr. Cohn: Wie interessiert der technische Gang, wie diese Unterredung hergeheilt worden ist?

Graf Bernstorff: Es bedurfte dazu der Anmeldung durch das

Auswärtige Amt.

Abg. Dr. Cohn: Ist dies sofort erfolgt?

Graf Bernstorff: Soweit ich mich entsinne, sofort. Nach den Gründen der Verzögerung habe ich mich später erkundigt, das Auswärtige Amt hat, soweit ich mich entsinne, meine Vorstellung sofort in die Wege geleitet.

Abg. Dr. Cohn: Ist Ihre Besprechung mit Hindenburg und Lubendorff auch von irgendeiner Seite, von Ihnen, dem Reichskanzler oder dem Auswärtigen Amt beantragt worden oder ergab sie sich zufällig?

Graf Bernstorff: Das Zusammentreffen ergab sich von selbst. Ich erhielt ein Telegramm vom Auswärtigen Amt, daß ich mich zu melden hätte. An der Frühstückstafel nahmen auch Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Lubendorff teil. Da habe ich mich aus reiner Höflichkeit verpflichtet gefühlt, beiden Herren Besuche zu machen.

Abg. Dr. Cohn: Die Heeresleitung hat also nicht das Bedürfnis gehabt, Sie zu sprechen?

Graf Bernstorff: Eine Aufforderung habe ich nicht erhalten.

Vorsitzender Warmuth: Sie haben nach Ihrer Rückkehr eine Unterredung mit Staatssekretär Zimmermann gehabt. Ist dabei, wie ich als selbstverständlich annehme, auch von den Friedensvermittlungen Wilsons gesprochen worden und ist die Ernsthaftigkeit dieser Vermittlungsvorschläge besprochen worden?

Graf Bernstorff: Soweit ich mich entsinne, habe ich am Tage nach meiner Rückkehr mit Staatssekretär Zimmermann und dem österreichisch-ungarischen Votschatier gesprochen. Bei der Konversation wurde über die Sachlage allgemein gesprochen.

Abg. Götshel (Dem.): Sie haben dochin gesagt, daß Sie den Eindruck gehabt hätten, daß die Stimmung der Presse auf künstlicher Basis beruhe. War Ihnen das Vorhandensein und die Tätigkeit des

Kriegspressenamtes und der Zensur

bekannt, die starken Einfluß auf die Haltung der Presse ausübten?

Graf Bernstorff: So genau konnte ich von Amerika aus die Verhältnisse nicht, aber ich habe geglaubt, daß von der Marinebehörde die Presse im Sinne des U-Boot-Krieges beeinflusst werde. Das glaube ich auch heute noch, Postitives kann ich natürlich nicht angeben.

Abg. Dr. Petersen (Dem.): Ist bei der Unterredung mit dem Reichskanzler trotz des kritischen Stadiums doch noch von dem Versuch gesprochen worden, erneut mit der amerikanischen Regierung in Fühlung zu kommen oder haben Sie die Ueberzeugung gehabt, daß doch alles unnütz sei?

Graf Bernstorff: Ich habe keine Anregung mehr gegeben, weil ich alles für erledigt hielt und fest davon überzeugt war, daß der Krieg erklärt werden würde.

Abg. Dr. Petersen: Sie haben also keine Anregungen gegeben, die etwas nicht befolgt worden wären?

Graf Bernstorff: Genau kann ich mich nicht entsinnen, was damals gesagt worden ist, aber jedenfalls ist eine Anregung meinerseits mir nicht erinnerlich.

Auf weiteres Befragen durch den Abg. Dr. Cohn erklärt Graf Bernstorff, daß ihm im allgemeinen die Tätigkeit des Kriegspressenamtes und die Einrichtung der Pressekonferenz bekannt gewesen sei.

Abg. Dr. Singheimer: Ziel Ihnen nicht auf, daß gerade in der Zeit, wo die Friedensaktion Wilsons gewünscht wurde, die schärfste Feinde gegen Wilson zugunsten des U-Boot-Krieges geführt wurde?

Graf Bernstorff: Aufgefallen ist es mir.

Abg. Dr. Singheimer: Diese beiden Faktoren stehen doch einander vollständig diametral entgegen.

Graf Bernstorff: Ich habe angenommen, daß auf die Presse in diesem Sinne eingewirkt worden ist.

Damit schließt die Vernehmung des Grafen Bernstorff. Die nächste Sitzung wird am 31. Oktober, 10 Uhr vormittags, wahrscheinlich im Plenarsitzungsaal des ehemaligen Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg bernommen werden, Graf Bernstorff wird zu ebensolcher Gegenüberstellung ebenfalls zu dieser Tagung geladen werden.

Bis zur Vernehmung Bethmanns.

Am Freitag wird eine Plenarsitzung des gesamten Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung stattfinden.

In seinem einleitenden Referat in der ersten öffentlichen Sitzung hatte der Berichterstatter Dr. Singheimer mitgeteilt, daß bisher nur die Akten des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestanden hätten, die Akten der anderen in Betracht kommenden Ämter (Generalstab, Admiralstab usw.) würden noch herangezogen werden. Die Prüfung letzterer Dokumente dürfte in der Zeit bis zur nächsten öffentlichen Sitzung am 31. Oktober stattfinden.

Da der vierte Untersuchungsausschuß, dessen Vorsitz Abg. Landsberg (Soz.) führt, sämtliche völkerrechtswidrigen Maßnahmen, die sich auf Belgien beziehen, zu prüfen hat, ist mit einer Liste von Material zu rechnen. Die Arbeitsmethode dieses Ausschusses ist noch nicht festgelegt.

Gegen die Junker.

In der Donnerstagsitzung der preussischen Landesversammlung versuchte

Landwirtschaftsminister Braun

auf die Klage gegen den Abg. von der Osten (D. Nat.) wegen Verleumdung des Regierungsdirektors Dr. Grimm einzugehen, wird aber von zahlreichen Abgeordneten der Rechten sofort durch lärmende Zwischenrufe niedergedrückt. Vizepräsident von Kreis (Dnat.) sieht dem gelassen zu. In großer Erregung ruft der Minister schließlich überlaut: „Hören Sie mich doch erst einmal an!“ Jetzt bringen auch die Abgeordneten der Linken, sich in großen Scharen den Seiten der Rechten nähernd, auf diese ein, und verlangen Ruhe.

Der Minister führt nun aus: Die Klage-Angelegenheit sollte zunächst in lokaler Weise beigelegt werden, wenn sich die Herren der Rechten nach Kenntnisnahme des Materials zu einer Aenderung ihres Standpunktes bereitfinden würden. Bestern hat aber der Abg. von der Osten die ihm bekannten Tatsachen wieder irreführend dargestellt. Deshalb ist schnellstens Vorbeuge getroffen für gerichtliche Klarstellung.

Gegen der erheblichen Arbeitsschwierigkeiten kann die Kartoffelernte in Ostpreußen

bisher nicht befriedigend eingebracht werden. Die städtischen Arbeitsnachweise treffen leider noch nicht die richtige Answahl für die landwirtschaftlichen Arbeiten. Die jahrzehntelange Praxis der Verendung von jetzt gewaltsam zurückgehaltenen polnischen Arbeitern hat im Osten ein Willen geschaffen, in dem sich der freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter nicht wohlfühlen konnte. (Lebh. Widerspruch, lebh. Zustimmung links.) Herr von der Osten hat mir vorgelesen, ich könnte keine Kritik vertragen. Was Sie zur Rechten Kritik nennen, kenne ich seit 20 Jahren. Ihre Kampfesweise ist von Ihrem Jungensossen Bismarck hincemir geltend gemacht worden. (Beifall links.) Sachliche Kritik ist mir im höchsten Grade willkommen. Darunter verstehe ich aber nicht persönliche Beschimpfungen und Beugungsanliegen. Auch lasse ich Preßfreiheit nicht als Schimpferei auf. (Stimmliche Zustimmung links, große Unruhe rechts.) Sie (zur Rechten) machen mir einen Vorwurf daraus, daß ich das Verbleiben auf mei nem Posten von dem Vertrauen meiner Partei abhängig mache. Gerade Sie müssen doch wissen, daß sich früher ein Minister nicht halten konnte, wenn er damals nicht das Vertrauen der in diesem Hause größten Partei nicht hatte. (Zustimmung links.) Jetzt ist diese größte Partei auf der Linken; das ist doch aber kein Grund, von dem früheren Verfahren abzugehen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Reichhoff (U. Soz.): Der Verlauf der Aussprache hat bewiesen, daß die Konterduben aus der Geschichte noch immer nicht gelernt haben. (Gelächter rechts.) Aus der Ernährungsnot kann uns nur eine sozialistische landwirtschaftliche Wirtschaftsweise retten. Die Vegetabilität der Bauern ist durch die Großagrarier aufgepeitscht worden. Aus den Ernährungschwierigkeiten würde uns nur die Sozialisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft herausreißen. (Beifall h. v. Ansb.)

Abg. Held (D. Sp.): Bei der heutigen Wirtschaftsweise ringt der Bauer dem Boden mehr als das Doppelte dessen ab, was die ausländische Landwirtschaft unter viel besseren Verhältnissen leistet.

Die Sozialisierung würde keineswegs zur Besserung unserer Ernährung beitragen.

Abg. Peters-Hochmann (Soz.): Es ist das Verdienst des Landwirtschaftsministers, durch seine Verordnung dem Volke die Ernte gerettet

zu haben. In der Landwirtschaftskammer muß auch der Kleinbetrieb und die Arbeiterfrage sich und Stimme haben. (Sehr richtig links.) Wir lehnen die Aufhebung der Verordnung zur Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten ab. Die agrarische Agitation ist an der Fertilisation unserer wirtschaftlichen Verhältnisse in erster Linie mit schuld. (Zustimmung links.)

Abg. Bergmann (Dem.): Die jahrelange Agitation des Bundes der Landwirte hat die Landbevölkerung auf materielle Interessen eingestellt. (Sehr wahr! links.) Die Aufhebung der Zwangswirtschaft fordern wir zwar nicht sofort, aber sobald wie möglich. Man muß alles tun, um die Landwirtschaft nicht unnötig zu verärgern. (Lebh. Beifall bei den Demokraten.)

Freitag 12 Uhr: Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Stadtverordnetenversammlung.

Stürmische Streikdebatte.

Der Andrang zur Zuhörertribüne ist wiederum ein so gewaltiger, daß die Pressevertreter nur mit großer Mühe und auf Umwegen zu ihren Plätzen gelangen können. In

Schätzen sind die Magistrats-Bureauhilfskräfte erschienen, um der Verhandlung über den Schiedspruch vom 11. Oktober und vor allem über die Anträge beizuwohnen, die aus der Mitte der Versammlung gestellt sind, um die nach dem Streik erfolgten Maßnahmen rückgängig zu machen.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Dr. Beyl wird die Erledigung dieser Gegenstände vorweggenommen. Von den U. Soz. ist beantragt, die infolge des Streiks der Hilfskräfte zur Entlassung gekommenen Angestellten ohne Schmälerung ihrer Bezüge und Rechte sofort wieder einzustellen und die als Ersatz neu angestellten Hilfskräfte sofort zu entlassen. Ein dringender Antrag Barlowski u. Gen. (Soz.) geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, die bei Beendigung des Streiks entstandenen Streitigkeiten über die Wiedereinstellung der Streikenden zum Gegenstand einer sofortigen Aussprache in der Großen Deputation zu machen.

Weise (U. Soz.): 400 Angestellte, darunter 30 Angestellten-Kaschuhmitglieder, müssen als gemahregelt gelten. (Hört! hört!) Nach dem Schiedspruch hätte man doch die Streitig begraben sollen. Der Oberbürgermeister hat ausdrücklich erklärt, daß nicht unnötigerweise nachgeschickte Fälle in der Deputation sind aber beiseite gelassen werden solle; in der Deputation sind aber beiseite gelassen worden. Einzelne Bureauvorsteher führen

eine wahre Kaschuhwirtschaft

und haben die Mühseligen aus den Bureaus gemiesen. Auch wegen Streikpöbels sind Maßnahmen erfolgt. Für die Entlassenen hat man wirtschaftlich sehr starke Personen als Ersatz eingestellt und behalten. Redner macht eine lange Reihe von Bureauvorstehern namhaft, die sich solcher Maßnahmen schuldig gemacht hätten und sich dabei allerdings in der guten Gesellschaft des Kammerers befänden. Das entgangene Gehalt müsse für die Zeit von der Entlassung bis zur Wiedereinstellung nachgezahlt werden. Diese Schlußforderung wird mit lebhaftem Beifall von der Tribüne und von einem Teil der Versammlung aufgenommen, während ein anderer ebenso lebhafter Widerspruch erhebt. Der Rede Weises lauscht die Tribüne Beifall.

Mitter (Soz.) redet dem halbigen Abschluß eines Tarifvertrages das Wort, da alle bisherigen Abmachungen nur Provisorien seien. Daß es ohne Reibungen nicht abgeben werde, sei zu erwarten gewesen. Es seien tatsächlich annähernd 1000 Personen nicht wieder in ihre Stellungen zurückgekommen. Einzelne Bureauvorsteher hätten erklärt, den Schiedspruch überhaupt nicht anzuerkennen zu wollen. Solche Kleinliche Gefässigkeit wolle, wie die Behandlung von Wiedereingestellten, die zum Teil schon lange Jahre beschäftigt waren, als „Neueingestellte“ müsse aufs schärfste zurückgemiesen werden. Ueber die Wetterwirtschaft innerhalb der Subalternbeamtenschaft wäre hierbei auch ein Wort zu sagen.

Stadtrat Dr. Sedt hat bei seinen Auslassungen über den Streik und seinen Verlauf einen

harten Kampf mit der Tribüne,

die von den Hilfskräften besetzt ist, zu bestechen, wo der Darm und die händlichen Juriste zeitweise derart zunehmen, daß der Vorsitzender Stellvertreter Wege sich veranlaßt sieht, die Erwartung auszusprechen, daß die Angestellten des Magistrats die Würde des Hauses wahren würden. — Die Angestellten hätten einen doppelten Rechtsbruch begangen; von ihrer Seite, nicht vom Magistrat, sei der rücksichtslose Herrenstandpunkt vertreten worden. Der Magistrat habe in der Notwehr gehandelt. In eindringender Darstellung führt der Redner aus, in welche schwere Bedrängnis die Bevölkerung durch die Stilllegung der lebenswichtigen Betriebe gebracht worden sei. Der Magistrat sei zu lokaler Liquidierung des Streiks gewillt. Es handle sich um etwas über 250 Personen, von Wahrengelei sei keine Rede, nur von verzögerter Wiedereinstellung. — (Gefl. Dem.) erneuert seinen Protest dagegen, daß der Versammlung der Wille eines nicht kompetenten Schiedsgerichts aufgegeben wird; dann sei es mit der Demokratie vorbei. Mit der Entlassung der Hilfskräfte würde der Magistrat die Ehre der Stadt Berlin preisgeben. Für den Antrag Barlowski wird die demokratische Fraktion stimmen. Der Antrag Weyl trete die Selbstverwaltung geradezu mit Füßen. — (Lebh. Beifall.) verliest das Dichterwort „Die Ebene wird zum Tribunal“ und probociert einen auch unter den heutigen besonderen Verhältnissen

unerhörten Skandal auf der Tribüne und im Saale,

als er die beiden sozialdemokratischen Parteien auffordert, von „solchen Gefellen“ abzurücken. Vorsitzender Heimanu versucht wiederholt vergeblich, Ruhe zu stiften. Mit Mühe bringt schließlich Herr Koch unter Aufbietung eines gewaltigen Stimmaterial durch, um diesen Satz wie folgt zu ergänzen: „Die den Bureauhilfskräften sagen: Wenn Ihr nicht streikt, bringen wir Euch aus dem Betriebe heraus!“ — Dr. Lammertich (Br.) hält den U. Soz. vor, daß sie heute einen Vierteltag aufgeführt hätten und behauptet, unter den Magistrats-Hilfskräften, die diese Bewegung geleitet hätten, sich ein wegen Unterdrückung mit 15 Monaten Gefängnis bestraffter befinde. Die Ausführungen dieses Redners beständen einen neuen Sturm der Entrüstung, besonders bei den U. Soz. und auf der Tribüne heraus. — Da die Erörterung unerlos zu werden droht, beantragt Pfannsch (Soz.) Schluß der Debatte. — (Beifall links.)

Abg. Reichhoff (U. Soz.) spricht gegen den Schluß: Den Angriffen des Pfarrers Koch darf die Entgegnung nicht abgeknitten werden. Der Schlußantrag wird gegen die U. Soz. angenommen. Im Schlußwort geht Zimmermann (U. Soz.) gegen Koch wie gegen den „maßregeln“ Magistrat mit großer Festigkeit vor. Für den Ausdruck „Lüge“ den er nicht zurücknimmt, obwohl er nach dem Zusammenhang auch auf Dr. Lammertich bezogen werden muß, erteilt ihm Vorsitzender Heimanu einen Ordnungsruf. — Ritter (Soz.) legt dem Magistrat nochmals ans Herz, bei dem nachgeordneten Beamtenpersonal für die Beachtung der gegebenen Direktiven mehr als bisher Sorge zu tragen.

Der Antrag der U. Soz. wird gegen die Antragsteller abgelehnt. Der Antrag Barlowski einstimmig angenommen. Die Versammlung beschließt die Einföhrung einer Deputation für Maschinenbau zur Vorbereitung eines einheitlichen städtischen Maschinenbauamts.

Beim 10 Uhr Schluß der öffentlichen Sitzung. In der geheimen Sitzung die Aufnahme einer Kasse von 20 Millionen Mark zur Beratung.

Schlussbericht der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes.

Von Haas und Genossen läuft folgende Entschliessung ein: Die erste Vorbedingung für den Erfolg unseres Verbandes ist seine organisatorische Geschlossenheit und achtmäßige Stärke. Aus diesem Grunde hat die 14. Generalversammlung beschlossen, die Vereinigung aller in der Metallindustrie Beschäftigten mit ganzer Kraft zu fördern. Diese Bestrebungen werden durch die Abspaltung der Syndikalistischen und Kommunisten, die seit einiger Zeit in steigendem Maße von Mitgliedern, als auch von außerhalb des Verbandes stehenden Personen, Syndikalistischen und Kommunisten — in Wort und Schrift zum Austritt aus dem Verband und zur Gründung von Sonderorganisationen aufgefordert. In Anbetracht dieser Tatsachen fordert die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes den Vorstand wie die Mitglieder auf, diesen Bestrebungen der Syndikalistischen und Kommunisten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Wer solche Bestrebungen unterstützt oder ihnen Vorhilfe leistet, ist als Schädiger der Verbandsinteressen zu bezeichnen. Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und einer Konkurrenzorganisation sein.

Der nächste Verbandstag findet in Jena statt. Nach einer Schlussrede von Brandes wurde die Generalversammlung geschlossen.

Gewerkschaftsbewegung Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes.

In der am Donnerstag abgehaltenen äußerst stark besuchten Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes gab Loß einen Bericht über die gegenwärtige Situation. Die Hoffnung, bei den Verhandlungen in den Gruppen zu einer Verständigung zu kommen, hat sich nicht erfüllt. Die Hartnäckigkeit, mit der die Unternehmer an ihren Forderungen festhalten, ist noch nicht gebrochen. Über die jetzige Zusammenlegung des Schiedsgerichts läßt erwarten, daß die Lohnfrage zugunsten der Arbeiter geregelt wird. Nun ist aber wegen der Wiederaufnahme der Arbeit ein scharfer Gegensatz zwischen den Unternehmern und den Arbeitern hervorgerufen. Die Unternehmer verlangen, daß sie allein bestimmen, welche Arbeiten zuerst aufgenommen werden und welche Arbeiter deshalb zunächst wieder eingestellt werden. Demgegenüber verlangen wir, daß die Vertreter der Arbeiter das volle Mitbestimmungsrecht in dieser Frage zu betätigen haben. Als die Unternehmer von ihrem Standpunkt nicht ablassen wollten, erklärten wir: Der Kampf dreht sich jetzt nicht mehr um die Lohnfrage, denn die wird ja durch das Schiedsgericht entschieden. Jetzt wollen die Unternehmer eine Nachprobe veranstalten. Wenn es so weitergeht, dann müssen wir leider den Kampf um die Wiedereinstellung aufnehmen. (Lebhafte Beifall.) Nach dieser Erklärung wurden die Unternehmer entgegenkommender. Sie schlugen uns folgende Vereinbarung vor:

Der Streik wird als beendet erklärt. Die Betriebe werden die Arbeiter nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse mit möglicher Beschleunigung wieder einstellen. — Die allgemeinen Arbeitsbedingungen bleiben bestehen. — Vor dem 15. Dezember dürfen betriebsfremde Arbeiter in einer Werkstatt nicht einmündet werden, sofern Arbeiter dieser Werkstatt, die der betreffenden Kategorie angehören und leistungsfähig sind, am Streik teilgenommen haben und noch arbeitslos sind. — Maßnahmen sollen nicht stattfinden. Darunter ist zu verstehen, daß die Wiedereinstellung nur nach sachlichen Gesichtspunkten stattfindet. — Arbeiter, die während des Streiks gearbeitet haben, und solche, die neu eingestellt sind, dürfen in keiner Weise belästigt oder benachteiligt werden.

Wir haben — jubelnd fort — den Unternehmern erklärt, daß wir diese Bedingungen unserer Generalversammlung zur Entscheidung vorlegen. Wir haben uns nun die Frage vorzulegen, wie es in den Kreisen unserer Kollegen aussieht. Ist die Stimmung gut, dann genügt es, daß wir das Schriftstück der Unternehmer einfach zur Kenntnis nehmen. (Zuruf: Reicht doch das Ding kaputt!) Ist die Stimmung nicht gut, dann haben wir darüber zu diskutieren, was zu geschehen hat, um den Widerstand der Unternehmer zu brechen, ohne daß unsere Kollegen weitere materielle Opfer tragen müssen. Die Ueberweisung der Wiedereinstellungsfrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten, haben die Unternehmer abgelehnt. Wir werden uns an den Arbeitsminister wenden, damit diese Frage durch ein Schiedsgericht entschieden wird. Lehnen die Unternehmer das ab, dann zeigen sie vor aller Welt, daß sie den erneuten Kampf wollen. — Die Unternehmer sagen, die Betriebsräte seien mit den Streikenden entlassen, sie könnten also bei der Wiedereinstellung nicht mitreden. Die Unternehmer wollten aber nach der Wiedereinstellung neue Betriebsräte wählen lassen und sie befragen. Das bedeutet, die Unternehmer wollen erst die ihnen gefügigen Arbeiter nach eigenem Ermessen einstellen und von diesen ebenso gefügige Betriebsräte wählen lassen. Darauf können wir natürlich nicht eingehen.

In der Diskussion wurde übereinstimmend betont, daß die Wiedereinstellungsbedingungen der Unternehmer nicht angenommen

werden können, und jeder Versuch, noch im letzten Augenblick Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter zu tragen, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden muß. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Fünfzehnerkommission besitzt das volle Vertrauen der Generalversammlung. Wir erwarten von ihr, daß sie die Maßnahmen der Unternehmer, wonach die Arbeit ohne Mitwirkung der Arbeiterausschüsse und Betriebsräte aufgenommen werden soll, ablehnen wird. Die Kollegen sind gewillt, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, ehe die Unternehmer ihre Haltung aufgeben. Die Generalversammlung erwartet von der Fünfzehnerkommission, daß sie alle Mittel anwendet, um die Haltung der Unternehmer zu durchkreuzen.

Zum Metallarbeiterstreik.

Die Streikleitung berichtet: Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss werden heute ausgesetzt, weil der Schlichtungsausschuss zur Fällung der Schiedsprüche für die bereits verhandelten Gruppen das vorliegende Material zusammenstellen muß. Die für Freitag vorgesehenen Verhandlungsgruppen werden in derselben Reihenfolge am Sonnabend zur Verhandlung kommen: die Gruppe der Schmittarbeiter vormittags 10 Uhr, die Gruppe der Gärtler und Drücker vormittags 11 Uhr, die Gruppe der Metallschleifer und Galvaniseure mittags 12 Uhr, die Gruppe der Eisenkonstruktionsbetriebe nachmittags 3 Uhr, die Gruppe der Eisenformer und Berufsgenossen nachmittags 4 Uhr. Wie bereits aus dem Bericht der Generalversammlung zu ersehen ist, sind in den Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit infolge der Hartnäckigkeit der Unternehmer noch keine Fortschritte zu verzeichnen. Die Generalversammlung hat die einstimmige Entschlossenheit der Berliner Metallarbeiter erneut zum Ausdruck gebracht, nicht dem Diktat der Unternehmer zu folgen. Kein Kollege darf die Arbeit ohne Zustimmung der Fünfzehnerkommission aufnehmen. Die Front der Berliner Metallarbeiter muß nach wie vor eine geschlossene bleiben. Der Kampf geht weiter.

Nicht die Firma, sondern der Arbeiterausschuss entläßt!

Die Unabhängigen und Kommunisten betonen befanntlich in Versammlungen, daß das Unternehmertum momentan wieder oben auf sei. Wie sehr diese Behauptung sich als eine absichtliche Lieberredung erweist, lediglich dazu bestimmt, der Parteitagation zu dienen, lehrt folgender Vorgang aus dem Betrieb der Firma Arnheim, Seilstrickfabrik, Bgdorf. Der dortige aus U. S. V. und K. P. -Leuten zusammengesetzte Betriebsausschuss führt ein Regiment, das nachgerade für die Arbeiter anderer Auffassungen unerträglich zu werden beginnt. Es soll hier nicht besonders erwähnt werden, wie sich dieser Ausschuss zum Vormund aufschwang darüber, welche Presse die Arbeiter des Betriebes lesen sollen, auch soll nicht besonders betont werden, daß in den Betriebsversammlungen radikale Großmäuler papageienhaft den „Vorwärts“ — den sie natürlich nur vom Hörensehen kennen — beschimpfen, sondern wir wollen an Hand uns gemachter Mitteilungen nur zeigen, wie die Herrschaft einer bestimmten Richtung im Betriebe nachgerade in eine solche der Tyrannei auszuarten beginnt.

Ein Arbeiter, der bereits seit mehreren Jahren bei der Firma beschäftigt ist, erhielt vor einigen Tagen vom Meister die Mitteilung, daß er entlassen müsse. Auf die Frage weshalb, wird ihm erwidert, daß dies der Arbeiterausschuss angeordnet habe. Doch gegen die Leistungen des Arbeiters Einwendungen nicht erhoben werden können, wird demselben auf Bestelligwerden auch von der Betriebsleitung bestätigt. Der Arbeiterausschuss verlangt seine Entlassung, heißt es hier ausdrücklich.

Warum verlangt er sie? Darüber wird uns von diesem Arbeiter und einem seiner Kollegen eine Auskunft gegeben, wonach das mehr als sonderbare Vorgehen des Arbeiterausschusses ihm gegenüber in seiner anderen gearteten politischen Anschauung und in seinem Verhalten in Betriebsversammlungen zu suchen ist. Dieser Arbeiter besitzt noch etwas Ehre und möchte sich, nachdem die Tyrannei des alten Regimes beseitigt ist, nicht einer viel schlimmeren Gewissensstrahlung aussetzen. Und als sich der vor der Entlassung Gestellte beim Arbeiterausschuss selbst nach den Gründen seiner Entlassung erkundigt, erhält er die lakonische Antwort, daß er ja den ganzen Krieg über gearbeitet habe und jetzt einmal ein anderer an seine Stelle treten könne. Bemerkenswert ist, daß der Arbeiter eine starke Familie hat und daß außer ihm noch zahlreiche jüngere Kräfte gleichfalls schon jahrelang bei der Firma beschäftigt sind. Die Entlassung der letzteren hält der Arbeiterausschuss deshalb nicht für erforderlich, weil dieselben nach seiner Weise tanzen. Neben dem hier in Frage kommenden Arbeiter soll bereits am kommenden Sonnabend ein anderer Arbeiter entlassen werden, der gleichfalls sich noch eine eigene politische Ueberzeugung bewahrt hat.

Gegen diesen Gewissenszwang, wie er nicht nur in diesem, sondern auch in zahlreichen anderen Betrieben mehr und mehr zur Anwendung kommt, muß systematisch vorgegangen werden. Wie es möglich ist, daß der Arbeiterausschuss selbständig und aus den hier angeführten nichtsjandigen Gründen Entlassungen verfügen kann, ist uns überdies ein Rätsel.

Arbeiterratswahl bei Illstein.

Die am Mittwoch und Donnerstag der vorigen Woche stattgefundenen Neuwahl der Arbeiterräte für das technische Personal bei Illstein u. Co. hatte folgendes Ergebnis: Abgegebene Stimmen 2167; es erhielt die Liste der U. S. V. 900 Stimmen, die Liste der U. S. V. D. 1264 Stimmen, ungültig waren 3 Stimmen. Die Wahlbeteiligung des technischen Personals betrug 98 Proz. Von den Zeitungsfrauen wählten von 2600 nur 650. Die von den Unabhängigen gegebene Hoffnung, die U. S. V. D. zu verdrängen, hat sich nicht erfüllt. Es erhielt „jede Fraktion“ zwei Vertreter. — Es zeigt sich auch wieder, daß festes Vertrauen und endliches Auftrauen aus

der bisherigen Gleichgültigkeit gegen die zerstörenden Bestrebungen der U. S. V. D. und Kommunisten von Erfolg sein muß.

Die Arbeitszeit der Bankbeamten. Vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten wird uns geschrieben:

In der Handelszeitung des „Berliner Tageblatts“ Nr. 500 befindet sich die Mitteilung, daß der Börsenvorstand heute über die Schließung der Börse am Sonnabend berät. Anlaß zur Erörterung dieser Frage geben die Arbeitsrückstände in den Banken, die eine Folge der verkürzten Arbeitszeit der Bankbeamten seien.

Gegen diese Verkürzung der Arbeitszeit muß entschieden Einspruch erhoben werden. Die regelmäßige Arbeitszeit der Beamten der Großbanken hat keine Verletzung erfahren. Dagegen sitzen die Beamten im Interesse der Institute seit Wochen bis tief in die Nacht, um die enorme Arbeitslast zu bewältigen, die in erster Linie durch die Ueberlastung der Börse mit Spekulantenzweifelhafter Natur und die krankhafte Spielwut weisser Kreise ins Gigantische gesteigert worden ist. Dieser riesenhafte Mehrarbeit steht keine nennenswerte Vergütung des Personals in den Banken gegenüber. Die Beamten empfinden es als Herausforderung, wenn ihrer opfervollen Mehrarbeit in dieser Weise gedacht wird. Schon vor 14 Tagen hat der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten den Börsenvorstand gemahnt die damals geplante Verlängerung der Börsenzeit zu beschließen. Der Allgemeine Verband wird sich weiter bemühen, eine Befreiung dieser Verhältnisse herbeizuführen und hofft auf verständnisvolle Unterstützung aller maßgebenden Faktoren einschließlich der Presse.

Zum Metallarbeiterstreik.

H. Vorka, Ziegel. Freitag, 24. 10., von 9—12, werden in den bekannten Werkstätten die Kauttionen unterschrieben. Sonnabend, d. 25. 10., vorm. 11^{1/2}—14^{1/2}, findet die Auszahlung der Unterzahlung statt. Die unterschriebenen Kauttionen sind von den Funktionären am Freitag in der Betriebsversammlung abzugeben.

Knorr, Brause und angeschlossene Betriebe. Freitag von 11 bis 2 Uhr: Auszahlung der Streik- und Extramentierung. Gruppe 2 und 5, sowie Unorganisierte Café Bellevue. Gruppe 3 und 4 bei Rottorf, Hauptstraße 85, Gruppe 1 bei Reyer, Hauptstr. 90. Transportarbeiter bei Köhl, Gärtlerstr. 25.

Schwarztopfarbeiter U. S. V. D. Bildau. Sonnabend, den 25. Oktober, vormittags 11 Uhr: Betriebsversammlung im Rathaus. Unterschreiben der Kauttionen zur 2. Auszahlung der Unterzahlung. Streikarten mitbringen.

Ceram. Werk. Im Metall-Verb. organisierte Kollegen und Kollegeninnen, Freitag und Sonnabend, den 24. und 25. Oktober, Kauttionen unterschreiben von 9—1 Uhr. — Freitag, den 24. Oktober, mittags 12 Uhr Betriebsversammlung im bekannten Streiklokal.

Betrieb Alsbairros, Johannisthal. Sonnabend früh 10 Uhr im „Uhlenhof“ Auszahlung und Kauttionenunterschreiben.

G. Lorenz, Tempelhof. Die Kontrollanten sämtlicher Verbände sind Freitag und Sonnabend im Streiklokal Reimer, Tempelhof, abzugeben. Zeitschriften! Unterschreiben der Kauttionen heute (Freitag) 11 Uhr National. Dietz, Kommandantenstr. 62.

Dr. Paul Meyer u. G. Sonnabend vorm. 10 Uhr bei Sasse, Lindenweg 26, Zusammenkunft aller Vertrauensleute der U. S. V. D.

Wermann, Hirschhorn, Kiehm u. Söhne, Wroldorf u. Hochhäuser. Sonnabend nachmittags 1^{1/2} Uhr findet im Gemeinshaus, Engelgüter 15, eine Versammlung der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angehörigen obiger Firmen statt. Wichtige Tagesordnung.

Kinowitzer. Sonnabend, den 25. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Ruster-Vereinshaus: Vertrauensmänner-Versammlung. Mitgliedsbuch und Ausweis legitimiert. Tagesordnung: Stand der Tarifverhandlungen.

Berichtszeitung.

Die Heilsche Sülze.

(Hamburger Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am Donnerstag wurden die Sachverständigen sowie einzelne Personen benommen, die als Entlastungszeugen benannt worden waren. Die Situation hat sich für den Angeklagten infolgedessen erheblich verschlechtert, als durch die Zeugenaussagen festgestellt scheint, daß sich sogar nicht näher zu bezeichnende Teile von Pferden unter den zur Sülzefabrikation verwendeten Abfällen befunden haben. Der Angeklagte Heil macht entgegen seinem Auftritte bei Beginn des Prozesses einen sehr niederschlagenden Eindruck. Das Urteil dürfte Freitag abend oder Sonnabend gefällt werden.

Bildungsveranstaltungen.

Bezirksverband Groß-Berlin.

Montag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, „Rinne von Barnhelm“, Schauspielhaus, am Gendarmenmarkt (Staatstheater). Karten zum Preise von 2 M einschließlich Personenzettel sind im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 4 Treppen, zu haben.

Bericht für den redaktion. Teil: Alfred Scholt, Kenzlin; für Anzeigen: Theobald Glade, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Secular-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstr. 2, 2. Hof, 4 Treppen.

Wir bitten Sie in Ihrem eigenen Interesse von Ihrem Buchhändler zu verlangen **Wilhelm Schäfer** Erhellende Schriften in 4 Bänden Geb. M. 20.—, geb. M. 42.— (inkl. 10%), Buchh.-Anschluß **Georg Müller Verlag München**

OSRAM

gediegen und fest